

D481292

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C O N F I D E N T I A L

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Ministry of Light Industry Publication: <u>Verfuegungen und Mitteilungen</u>	DATE DISTR.	May 17, 1956 25X1
DATE OF INFO.		NO. OF PAGES	1
PLACE ACQUIRED		REQUIREMENT NO.	RD 25X1
DATE ACQUIRED	This is UNEVALUATED Information	REFERENCES	3 JUL 1956

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

issues Nos. 13 and 14 of the East German publication Verfuegungen und Mitteilungen, published by the Ministry of Light Industry on 15 December 1955.

- The following articles are part of issue No. 13:

Report on the 87th Session of the Kollegium of the Ministry of Light Industry on 28 November 1955, pp. 253 to 254.  
 Limitation of the 1955 Investment Plan, pp. 255 to 256.  
 List of Special Schools and Their Curriculum, pp. 257 to 258.  
 Nomenclature for the Accounting of Material, with plan numbers, pp. 263 to 265.  
 Establishment of Experimental Institutes, p. 272.  
 Announcements of the Main Administration of the Polygraphic Industry, p. 272.

- Issue No. 14 is a special issue with an address by Wilhelm Feldmann, the Minister of Light Industry, and instructions for the improvement of production methods during the Second Five-Year Plan (pp. 275 to 283, and pp. 1 to 4).

25X1

25X1

C O N F I D E N T I A L

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC				
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Approved For Release 2007/10/19 : CIA-RDP83-00418R004400030001-8

**Page Denied**

Approved For Release 2007/10/19 : CIA-RDP83-00418R004400030001-8

Approved For Release 2007/10/19 : CIA-RDP83-00418R004400030001-8

3. Die Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses vom 21. Juli 1955 über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik zur Hauptaufgabe aller Wirtschaftsfunktionäre im Ministerium für Leichtindustrie machen und diese Aufgabenstellung eng mit den Aufgaben zur Erhöhung der Rentabilität der sozialistischen Industrie verbinden.
4. Für die Lösung bestimmter wirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben, z. B.
- a) der Normierung der Umlaufmittel und der Erarbeitung exakter Materialverbrauchs- und Materialvorratsnormen,
  - b) die Festlegungen der Prinzipien der Preispolitik,
  - c) die Verbesserung der Arbeitsweise des Ministeriums im Kampf gegen den Bürokratismus, sind Arbeitsgruppen mit exakter Aufgabenstellung und Verantwortlichkeit einzusetzen.

Minister Dr. Feldmann begründete zur Verbesserung der Arbeit des Ministeriums eine umfangreiche Beschlüßvorlage.

Nach erster Beratung und gründlicher Diskussion, in der die Fragen des Friedenskampfes der patriotischen Kräfte in Deutschland, die Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und der volksdemokratischen Ordnung, die Bestrebungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der Kampf gegen den Bürokratismus und die Lösung unserer wirtschaftlichen Aufgaben im Mittelpunkt standen, beschloß das Kollegium:

Maßnahmen zur gründlichen Auswertung des 25. Plenums in der Leitung des Ministeriums für Leichtindustrie, in den Zentralen Abteilungen, Hauptverwaltungen, Industriezweigleitungen und Betrieben.

Zur Vorbereitung der 3. Parteikonferenz wird im Ministerium für Leichtindustrie u. a. ein Büro geschaffen, dem alle Argumentationen und Informationen in Auswertung des 25. Plenums mitzuteilen sind.

Um die Aufklärungsarbeit in den Betrieben zu unterstützen, werden der Minister, der Staatssekretär, die stellvertretenden Minister sowie die Hauptverwaltungsleiter mindestens einmal monatlich vor Belegschaften unserer Betriebe sprechen.

Die Mitarbeiter der Leichtindustrie werden in hohem Maße in Belegschaftsversammlungen, Rechenschaftslegungen, ökonomischen Konferenzen, Produktionsberatungen u. a. mit den Werktätigen über die Bedeutung des 25. Plenums sprechen.

In diesem Zusammenhang werden auch die Schwerpunktbetriebe erneut in die Patenschaftsbetreuung einbezogen.

In besonderen Ansprachen ist der Kontakt mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz aufzunehmen und zu festigen.

In einer Reihe von Arbeitsgruppen ist die Lösung von grundsätzlichen Schwerpunktfragen in Angriff zu nehmen.

Die Bildung solcher Arbeitsgruppen muß in den Zentralen Abteilungen, Hauptverwaltungen, Industriezweigleitungen und VEB erfolgen.

Bis zum 15. Dezember ist in allen Ebenen ein Etappenplan zur Verwirklichung der Aufgabenstellung des 25. Plenums für das Gesamtjahr 1956 zu erarbeiten.

Das Kollegium verpflichtet alle Wirtschaftsfunktionäre, die Kontrolle über die in Auswertung des 25. Plenums beschlossenen Maßnahmen exakt zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, daß die Verwirklichung der Aufgaben nicht auf die Erarbeitung von „Leitungsbeschlüssen“ beschränkt bleibt, sondern in breitem Maße den Werktätigen erläutert wird.

Das Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie wird sich im Februar 1956 über die Verwirklichung der in Angriff genommenen Maßnahmen und Aufgaben durch entsprechende Kontrolle informieren.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt nahm das Kollegium des Ministeriums zum Stand der Kaderarbeit, insbesondere der Qualifizierung der Werktätigen und der Kaderarbeit mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Stellung. Das Kollegium kritisierte die Haltung verschiedener leitender Wirtschaftsfunktionäre, die noch immer die Bedeutung der Rolle der Kaderarbeit verkennen.

Das Kollegium beschloß Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrolle der Leitung über die Kaderarbeit und Maßnahmen zur besseren Betreuung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz.

Entsprechend dem Antrag der Kollegin Singer, Mitglied des Kollegiums und Leiter der Deutschen Buch-Export- und -Import-GmbH, beschloß das Kollegium, die Kollegin Singer von ihrer Tätigkeit als Kollegiumsmitglied im Ministerium für Leichtindustrie zu entbinden und für die Kollegiumsarbeit im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel freizustellen.

Das Kollegium sprach in diesem Zusammenhang der Kollegin Singer für die von ihr im Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie geleistete Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus und wünschte der Kollegin Singer weitere Erfolge in ihrer Arbeit im Bereiche des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 55 v. 15. 12. 55

## I. Technologie

### 1. Unterstützung der Arbeit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse

Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse ist eine demokratische Organisation, die sich die Aufgabe stellt, der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die großen Errungenschaften unserer nationalen Kultur sowie die fortschreitenden Erkenntnisse auf allen Gebieten der Gesellschaftswissenschaften, der Naturwissenschaften und der Technik zu vermitteln.

Sie stellt sich die Aufgabe, unseren Werktätigen wissenschaftliche Kenntnisse zu vermitteln, die ein richtiges Bild der Erscheinungen, Vorgänge und Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft geben.

Sie wendet sich entschieden gegen jeden Versuch, die Wissenschaft in den Dienst der Rassen- oder Völkertetze, der Zerstörung und des Krieges zu stellen.

Indem die Gesellschaft den breiten Volksmassen, den wahren Gestaltern der Geschichte, die Wissenschaft zugänglich macht, indem sie ihnen hilft, ihr Leben bewußt und planmäßig schöner zu gestalten, verleiht sie der Wissenschaft selbst ein noch stärkeres Gewicht im Kampf um Fortschritt und Frieden, festigt sie das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.

Die Gesellschaft tritt dafür ein, daß die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit von berufenen Wissenschaftlern geleitet und von befähigten Menschen geleistet wird. Die Gesellschaft will erreichen, daß alle ihre Vorträge und Veröffentlichungen das Interesse der Werktätigen

Approved For Release 2007/10/19 : CIA-RDP83-00418R004400030001-8

Verwaltungswertpost

# Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie

1955	Berlin, den 15. Dezember 1955	Nr. 13
------	-------------------------------	--------

## INHALTSVERZEICHNIS

Kommuniqué über die 87. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie am 28. November 1955	253
<b>I. Technologie</b>	
1. Unterstützung der Arbeit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse	254
2. Abgrenzung des Investitionsplanes 1955	255
<b>II. Finanzen</b>	
3. Zahlung von Weihnachtiszuschüssen	256
4. Produktionsabgabe bei Investitionsleistungen	256
5. Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — Versicherungsschutz für Fahrräder auf bewachten Fahrradabstellplätzen	257
<b>III. Schulbeschickung</b>	
6. Schulbeschickungsplan für die Spezialschulen im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie im Jahre 1956	257
<b>IV. Absatz</b>	
7. Delegiertenausweise zur Leipziger Frühjahrmesse 1956	259
8. Verlagerung von Transporten der Reichsbahn auf den Kraftverkehr	259
<b>V. Materialwirtschaft</b>	
9. Durchführung der Materialabrechnung 1956 — Bericht über die Materialbewegung Formblatt 45 und 46	260
10. Arbeitsrichtlinie Nr. 6 55 zur Anordnung vom 10. März 1955 über die Erfassung und Bilanzierung der inneren und örtlichen Reserven in den Bezirken und Kreisen (GBl. I S. 203)	266
<b>VI. Arbeit</b>	
11. Ausfall von Arbeitskräften durch längere Krankheit	266
<b>VII. Mitteilungen</b>	
12. Berichtigungen	267
13. Ordnungsstrafen	267
<b>VIII. Mitteilungen der Hauptverwaltungen</b>	
Mitteilungen der HV Textil	268
Mitteilungen der HV Leder Schuhe Rauchwaren	268
Mitteilungen der HV Holz und Kulturwaren	269
Mitteilungen der HV Polygraphische Industrie	272

## Kommuniqué über die 87. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie am 28. November 1955

Die 87. Kollegiumssitzung des Ministeriums für Leichtindustrie fand am 18. November 1955 in Berlin unter der Leitung des Ministers Dr. Feldmann statt.

Entsprechend der Tagesordnung befaßte sich das Kollegium schwerpunktmäßig zunächst mit den Maßnahmen zur Auswertung des 25. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Ministerium für Leichtindustrie.

Das Kollegium billigte die anlässlich der Arbeitsbesprechung des Ministers mit den Stellvertretern des Ministers, Hauptverwaltungsleitern und Leitern der Industriezweigleitungen sowie den Leitern der Zentralen Abteilungen und der Abteilungen der Hauptverwaltungen am 11. November 1955 festgelegte Generalrichtlinie zur Auswertung des 25. Plenums.

In der Arbeitsbesprechung war nach einer umfassenden Berichterstattung des Staatssekretärs, Kollegen Teichmann, als Teilnehmer am 25. Plenum unter Darlegung der sich für die Leichtindustrie ergebenden notwendigen Maßnahmen, festgelegt worden.

1. Geeignete Maßnahmen zur breiten Popularisierung der Aufgabenstellung des 25. Plenums bis zum 30. November 1955 auf allen Leitungsebenen treffen und infolge des notwendigen Zusammenhanges zwischen den politischen und wirtschaftlichen Aufgaben Maßnahmen zur Verbesserung der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit einleiten. Hierzu waren Tagungen, Dienst- und Arbeitsbesprechungen, Produktionsberatungen, Aussprachen usw. anzusetzen.
2. Die Überprüfungen aller Gesetze, Verordnungen, Dienstvorschriften und sonstigen Beschlüsse zu prüfen, um die mit dem Wirken der ökonomischen Gesetze in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus verbundenen Überbestimmungen zu beseitigen.

können vom Planträger evtl. Mehrkosten erkannt und Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus dem Investitionsplan 1955 eingeleitet werden. Von dem Investitionsträger ist in diesem Falle auf der Rückseite des INV-Bogens eine kurze stichhaltige Begründung über die entstandenen Mehrkosten zu geben.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von der DIB für den Monat Januar 1956 nur die Mittel im Rahmen der Plansumme (Spalte 3 des INV-Bogens) freigegeben werden, die sich aus den Spalten 5 und 6 des INV-Bogens ergeben und vom Planträger nur die sich aus diesen Spalten ergebenden Mehrkosten zusätzlich beantragt werden können. Für nachträgliche Forderungen gibt es keine Möglichkeit der Legalisierung aus dem Investitionsplan.

Die Investitionsträger sind verpflichtet, sich bis zum Zeitpunkt der INV-Berichterstattung für den Monat Dezember einen genauen Überblick über den Stand der materiellen Erfüllung am 31. Dezember 1955 zu verschaffen.

Es ist auch notwendig, nochmals darauf hinzuweisen, daß es untersagt ist, aus Mitteln des Investitionsplanes Rechnungen zu bezahlen, denen keine materielle Leistung gegenübersteht. Hinsichtlich der Finanzierung von Einbaumaterialien, Einbauteilen und Bauelementen verweisen wir auf die in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie“ Nr. 10 1955 veröffentlichten Richtlinien.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 55 v. 16. 12. 55

## II. Finanzen

### 3. Zahlung von Weihnachtswendungen

Zum Beschluß der Regierung über die Zahlung von Weihnachtswendungen 1955 gibt das Ministerium der Finanzen bekannt:

#### I. Die Finanzierung der Weihnachtswendungen erfolgt:

- für die volkseigenen Betriebe und finanzgeplanten Einrichtungen:
  - bei Gewinnbetrieben durch Entnahme der notwendigen Mittel aus dem Gewinn,
  - bei Verlustbetrieben durch erhöhte Stützungen aus dem Haushalt.

Bei allen Betrieben, die der Verordnung vom 6. Januar 1955 (Verwendung der Gewinne, GBl. I S. 23) unterliegen, sind die notwendigen Mittel dem Teil des Gewinnes zu entnehmen, der in Höhe von mindestens 20 % an den Haushalt abzuführen ist. Reicht der zur Verfügung stehende Gewinn bei den Betrieben nicht aus, sind die darüber hinaus erforderlichen Mittel von der zuständigen Industriezweigleitung oder, sofern deren Mittel nicht ausreichen, von der Hauptverwaltung aus den für den Haushalt abgeführten Nettogewinnen der Betriebe zur Verfügung zu stellen.

Ist die Finanzierung innerhalb einer Hauptverwaltung nicht gegeben, sind die fehlenden Beträge von den Haushalten der Ministerien aus den vereinnahmten Nettogewinnen anderer Hauptverwaltungen zur Verfügung zu stellen. Anforderungen für erhöhte Stützungen für Weihnachtswendungen bei Verlustbetrieben sind mit Nachtragskassenplan für den Monat Dezember 1955 zu stellen.

- In den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen (Haushaltsorganisationen) erfolgt die Finanzierung aus nicht verbrauchten Mitteln des Lohnfonds bzw. überplanmäßig, wenn keine Einsparungen im Lohnfonds vorhanden sind.

#### II. Die Buchung der Weihnachtswendungen ist wie folgt vorzunehmen:

- Ausreichung der Weihnachtswendungen zu Lasten der Gewinnverwendung

Unterkonto zu Konto 9313.

Bei Betrieben, die der Verordnung vom 6. Januar 1955 nicht unterliegen, mindern die gezahlten Weihnachtswendungen den abführungspflichtigen Bruttogewinn. Sie sind vor der Errechnung der Körperschaftsteuer und des Nettogewinnes vom Bruttogewinn abzusetzen.

- Verlustbetriebe buchen die Weihnachtswendungen direkt zu Lasten des Kontos 921 — Betriebsergebnis Verlust — und weisen den Betrag im Kontrollblatt J 7 als Fußnote gesondert aus. Die vom Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Beträge werden zugunsten des Verlustausgleiches

Unterkonto zu Konto 932 gebucht.

- In den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen beim Sachkonto 501 bzw. 701 der betreffenden Einrichtung.

#### III. Berichterstattung über die Verausgabung der Weihnachtswendungen:

- Die Weihnachtswendungen sind im Kontrollbericht per 31. Dezember 1955 in einer Fußnote im Kontrollblatt über die Gewinnverwendung auszuweisen.

- Die in den Haushaltsorganisationen gezahlten Weihnachtswendungen sind in der Jahresberichterstattung 1955 in den einzelnen Kapiteln als besondere Davon-Zahlen auszuweisen.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 12/55 v. 16. 12. 55

#### 4. Produktionsabgabe bei Investitionsleistungen

Berlin, den 29. November 1955

Das Ministerium der Finanzen, Abgabenverwaltung, verweist auf die Ziffer 8 a der Verordnung über die Produktionsabgabe vom 6. Januar 1955 (GBl. I Seite 37) und bittet, im Jahre 1956 bei der Planung und Abrechnung der Investitionen und Generalreparaturen zu beachten, daß

- volkseigene Betriebe, welche Produktionsmittel herstellen, die üblicherweise zum Verkauf bestimmt sind und diese für Investitionen im eigenen Betrieb verwenden, zur Zahlung des für die Produktionsmittel festgesetzten Satzes der Produktionsabgabe verpflichtet sind.

Das gleiche gilt auch für Grundmaterialien, die für Investitionen oder Generalreparaturen im eigenen Betrieb verwendet werden (z. B. Zement zum Bau eines Lagergebäudes in einer Zementfabrik). Für alle übrigen Produkte, die in einem volkseigenen Betrieb für eigene Investitionen bzw. für eigene Generalreparaturen hergestellt und verwendet werden, aber üblicherweise nicht verkauft werden, wird auch ab 1. Januar 1956 keine Produktionsabgabe erhoben.

- Hilfsleistungen (Dienstleistungen), die der volkseigene Betrieb bei Durchführung seines eigenen Invest- bzw. Generalreparaturprogramms ausführt, unterliegen nicht der Dienstleistungsabgabe.

tätigen fesseln und von ihnen verstanden werden, ohne daß darunter die Wissenschaftlichkeit der Darstellung leidet. Sie wird dazu beitragen, wissenschaftliches Verständnis zu wecken und das Verlangen nach Wissen zu befriedigen. Die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung wird unsere Menschen befähigen, die Überlegenheit unserer gesellschaftlichen Ordnung gegenüber der des imperialistischen Lagers noch besser zu erkennen, und wird das Verantwortungsbewußtsein unserem staatlichen Leben gegenüber stärken.

Durch Popularisierung fortschrittlicher Erfahrungen der Technik, der Industrie und der Landwirtschaft wird die Gesellschaft unseren Arbeitern und Bauern helfen, die Produktion noch besser zu meistern.

Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse löst ihre Aufgabe durch:

- a) öffentliche Vorträge und Vortragsreihen,
- b) wissenschaftliche Beratungen, Konferenzen und Diskussionsabende,
- c) Herausgabe der Monatszeitschrift sowie anderer populärwissenschaftlicher Literatur, insbesondere von Vortragsstenogrammen,
- d) Herstellung von Tonbandaufnahmen wichtiger Vorträge und Durchführung von populärwissenschaftlichen Rundfunksendungen,
- e) Mitarbeit bei der Herstellung populärwissenschaftlicher Filme und deren Vorführung in Verbindung mit dem Ministerium für Kultur,
- f) Ausstellungen über verschiedene Gebiete der Wissenschaft und zu besonderen politischen und kulturellen Ereignissen,
- g) enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, den Kultur- und Massenorganisationen,
- h) enge Zusammenarbeit mit den Museen, Bibliotheken und Archiven.

Die große Bedeutung, die die Arbeit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse für die Anwendung und Meisterung der neuen Technik auch für die Leichtindustrie hat, erfordert, daß der Gesellschaft die volle Unterstützung durch die Industrie zuteil wird.

Mit Unterstützung der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse werden wir die vor uns stehenden Aufgaben der Mechanisierung und Automatisierung der Industrie, der Schaffung und Anwendung neuer Roh- und Werkstoffe, der Einführung der neuen Technik schneller lösen und die dem entgegenstehenden Tendenzen althergebrachter Fertigungsmethoden leichter überwinden.

Es ist daher notwendig, daß

1. alle Werkleiter, Leiter der Institute, der F/E-Stellen und der Verwaltungen ihre wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter, Neuerer der Produktion und Aktivisten auffordern, in der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse mitzuarbeiten, die Aufgaben der Gesellschaft mit lösen zu helfen und dadurch den Drang nach Wissen zu stärken und eine Atmosphäre des Lernens zu verbreiten,
2. alle Betriebe, Institute und Verwaltungen Verbindung mit den Kreisvorständen der Gesellschaft aufnehmen und Vorträge über wissenschaftlich-technische Probleme und über Fragen der Gesellschaftswissenschaften organisieren. Solche Vorträge sollten mindestens vierteljährlich durchgeführt werden.  
In größeren Betrieben, Instituten, F/E-Stellen und Verwaltungen ist die Bildung eigener Arbeitsgruppen als Stützpunkte der Gesellschaft vorzunehmen,
3. die Industriezweigleitungen in enger Zusammenarbeit mit der Gesellschaft spezielle Themen, die für

die technische Weiterentwicklung des Industriezweiges von besonderer Bedeutung sind, festlegen und den unterstellten Betrieben mit entsprechenden Hinweisen (evtl. Bereitstellung entsprechenden Materials, Benennung von Referenten usw.) zur Durchführung empfehlen,

4. die Institute bzw. Forschungs- und Entwicklungsstellen den Hauptverwaltungen wissenschaftlich-technische Themen vorschlagen, die mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Industriebereiches in engem Zusammenhang stehen. Die Hauptverwaltungen nehmen auf diese Festlegungen Einfluß. Diese Themen bilden dann den Rahmen, in dem die Durchführung wissenschaftlich-technischer Vorträge sich bewegen soll.

Die Hauptverwaltungen übergeben bis zum 20. Februar 1956 eine solche Themenzusammenfassung der ZA Technologie.

5. Das Ziel muß es sein, daß im I./56 allseitig die Verbindung zwischen der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und der Industrie und Forschung und Entwicklung hergestellt wird und bereits die ersten Vorträge in Schwerpunktbetrieben und Instituten durchgeführt werden.
6. In jedem Betrieb, Institut, in jeder F/E-Stelle und Verwaltung ist ein Verantwortlicher zu benennen, der für die enge Verbindung mit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und deren Popularisierung (Versorgung von Anschauungsmaterial, Zeitschriften usw.) zuständig ist. Zweckmäßigerweise soll dieser Beauftragte Mitglied der Gesellschaft sein.

7. Die Leiter der Hauptverwaltungen sind für die Durchführung dieser Maßnahmen voll verantwortlich.

Vorg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 12/55 v. 12. 12. 55

## 2. Abgrenzung des Investitionsplanes 1955

Berlin, den 21. November 1955

Die Richtlinien zur Abgrenzung des Investitionsplanes 1955 werden z. Z. von der Deutschen Investitionsbank erarbeitet und voraussichtlich Mitte Dezember veröffentlicht.

Trotz der von der DIB vom Zentralblatt Nr. 50/1954 veröffentlichten Abgrenzungsbestimmungen für den Investitionsplan 1954 und unserer Hinweise in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie“ Nr. 20/1954 gab es Unklarheiten bei der Endabrechnung des Investitionsplanes 1954. In vielen Fällen war aus der INV-Berichterstattung per 31. Dezember 1954 die tatsächliche materielle Erfüllung des Planes nicht ersichtlich. Dadurch waren weder die materielle Übererfüllung noch die entstandenen Mehrkosten erkennbar, und es gab keine Möglichkeit, hierfür zusätzliche Mittel aus dem Investitionsplan 1954 bereitzustellen. Die gemachten Erfahrungen geben uns Veranlassung, bereits jetzt auf einige wichtige Dinge bei der Endabrechnung des Investitionsplanes 1955 hinzuweisen.

Ausschlaggebend für die Finanzierung von Investitionen aus dem Investitionsplan 1955 im Monat Januar 1956 ist der Stand der materiellen Erfüllung per 31. Dezember 1955. Grundsätzlich dürfen materielle Leistungen des Jahres 1955 nicht aus Mitteln des Investitionsplanes 1956 finanziert werden.

Daraus ergibt sich, daß in der INV-Berichterstattung per 31. Dezember 1955 der tatsächliche materielle Erfüllungsstand am 31. Dezember 1955 ausgewiesen werden muß. Dabei ist es durchaus möglich, daß der in Spalte 7 des INV-Bogens ausgewiesene Betrag die Plansumme der Spalte 3 bzw. 2 übersteigt. Nur so

Eventuelle Zweifelsfragen sind mit den örtlichen Abteilungen Finanzen — Unterabteilung Abgaben — zu klären.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 55 v. 15. 12. 55

**5. Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — Versicherungsschutz für Fahrräder auf bewachten Fahrradabstellplätzen**

Berlin, den 2. Dezember 1955.

Gemäß § 3 Ziffer 3 b) der 3. DB zum Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe (GBl. Nr. 33, Jahrgang 1952) gelten Fahrräder dann mitversichert, wenn sie sich auf einem dafür besonders vorgesehenen Platz unter Aufsicht befinden und durch Schloß gesichert sind oder in einem verschlossenen Raum untergebracht werden.

Die auf Grund dieser Bestimmungen in den volkseigenen Betrieben durchgeführten Maßnahmen zur Bewachung der Fahrradabstellplätze haben verschiedentlich verhältnismäßig hohe Kosten verursacht. Die Hauptverwaltung der Deutschen Versicherungsanstalt (DVA) hat sich daher mit Zustimmung des Ministeriums

der Finanzen bereit erklärt, ab sofort den Versicherungsschutz für Fahrräder auch dann zu gewähren, wenn eine besondere Beaufsichtigung der Fahrradabstellplätze nicht erfolgt, wenn aber folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die Fahrräder müssen auf den vom Betrieb vorgesehenen Abstellplatz abgestellt und durch Schloß gesichert sein.
2. Die Werkleitung muß ihren Werkschutz veranlassen, daß dieser bei seinen Kontrollgängen dem Fahrradabstellplatz besondere Aufmerksamkeit widmet. Bei Schichtwechsel bzw. Arbeitsschluß muß der Werkschutz diese Abstellplätze, wenn auch nicht regelmäßig, so doch des öfteren, begehen.

Es wird jedoch empfohlen, daß in den Betrieben, wo die Möglichkeit besteht, Fahrradabstellplätze verschlossen zu halten, im Interesse der Schadenverhütung davon Gebrauch gemacht wird.

Den der DVA nachgeordneten Dienststellen wurden diese veränderten Versicherungsbedingungen von der Hauptverwaltung der DVA bekanntgegeben.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 55 v. 15. 12. 55

**III. Schulbeschickung**

**6. Schulbeschickungsplan für die Spezialschulen des Ministeriums für Leichtindustrie für das Jahr 1956 und Verfahrensweg der Delegation an die Spezialschulen**

Lfd. Nr.	Schule, Anschrift	Kapazität	Art der Lehrgänge	Termine		Verantwortlich für Durchführung der Lehrgänge
				Anfang	Ende	
1	„Louis Müller“, Rodewisch (Vogtl.), Auerbacher Straße Tel.: 26 08 Auerbach (Vogtl.)	90	Lehrgang für Werkleiter und leitende Kader, die nach Absolvierung der Lehrgänge als Werkleiter eingesetzt werden können	15. 7. 56	28. 2. 57	ZA Kader
2	„Fritz Pehlmann“, Eberswalde, Danckelmannstraße Tel.: 21 15 Eberswalde	70	Lehrgang für Planungsleiter, stellvertretende Planungsleiter und verantwortliche Planer in Kleinbetrieben der Industrie	1. 3.—29. 6. 1956		ZA Kader und ZA Planung
			Lehrgang für Mitarbeiter in den Abteilungen Planung der Industrie — Produktionsplaner, Finanzplaner, Arbeitskräfteplaner — und verantwortliche Planer der Kleinbetriebe	1. 8.—21. 12. 1956		ZA Kader und ZA Planung
3	„Erich Weinert“, Oelsa, Bezirk Dresden, Hauptstraße Tel.: 88 19 54 Dresden	110	Lehrgang für Leiter der Finanzbuchhaltung, Lohnbuchhaltung und Materialbuchhaltung, Bearbeiter der Investitions- und Anlagenbuchhaltung von Betrieben mit einer Belegschaftsstärke über 500	1. 3.—15. 6. 1956		ZA Kader und Hauptbuchhalter des Ministeriums
			Lehrgang für Betriebswirtschaftler von allen Betrieben der Leichtindustrie	15. 9. 56—15. 2. 57		ZA Kader und Hauptbuchhalter des Ministeriums

Lfd. Nr.	Schule, Anschrift	Kapazität	Art der Lehrgänge	Termine		Verantwortlich für Durchführung der Lehrgänge
				Anfang	Ende	
4	„Paul Beierlein“, Greiz, Werdauer Straße Tel.: 21 57 Greiz	35	Lehrgänge für Kaderleiter aus Industrie, Verwaltung und Institutionen	2. 1.—29. 3. 1956	10. 4.—13. 7. 1956 15. 9.—15. 12. 1956	ZA Kader
			Lehrgang für Kontrollposten der FDJ	15. 8.— 8. 9. 1956		
5	„Rudolf Wachata“, Oberlungwitz, Kreis Hohenstein-Ernstthal Tel.: 20 50 Hohenstein-Ernstthal	45	TAN-Grundlehrgänge	2. 1.— 9. 3. 1956	15. 3.—18. 5. 1956 25. 3.—31. 7. 1956 1. 10.—15. 12. 1956 5. 9.—28. 9. 1956	Kaderabteilung und Abteilung Arbeit der Hauptverwaltungen: Holz und Kulturwaren und Leder / Schuhe / Rauchwaren Polygraphische Industrie Glas und Keramik Leder / Schuhe / Rauchwaren Holz und Kulturwaren Textil und Glas und Keramik ZA Arbeit ZA Kader
			Lehrgang für Jugendbrigadiere aller Hauptverwaltungen	5. 9.—28. 9. 1956		
6	„Ernst Schneller“, Wilschthal (Erzgeb.) Tel.: 097 Zschopau	33	BVE-Lehrgänge	2. 1.—14. 1. 1956 16. 1.—28. 1. 1956	1. 2.—25. 2. 1956 1. 3.—28. 3. 1956 3. 4.—28. 4. 1956 2. 5.—30. 5. 1956 1. 6.—28. 6. 1956 1. 8.—14. 9. 1956 20. 9.— 2. 11. 1956 5. 11.—17. 11. 1956 19. 11.— 1. 12. 1956 3. 12.—15. 12. 1956	ZA Kader und ZA Technologie  Kaderabteilung und Abteilung Technologie der HV Holz der HV Textil der HV Leder der HV Glas der HV Polygraphie  ZA Kader und ZA Technologie
			TKO-Lehrgänge			
			BVE-Lehrgänge			

Der erste Tag der angegebenen Termine gilt stets als Anreisetag, der letzte Tag als Abreisetag.

**Verfahrensweg der Delegation an die Spezialschulen des Ministeriums für Leichtindustrie**

Die Delegationen werden in Zukunft nach dem Prinzip der Eigenverantwortung der einzelnen Dienststellen und der Koordinierung und Kontrolle durch die nächsthöhere Dienststelle durchgeführt und sind wie folgt vorzunehmen:

1. Die ZA Kader schlüsselt für die langfristigen Lehrgänge, die Kaderabteilungen der Hauptverwaltungen schlüsseln für die kurzfristigen Lehrgänge die effektiven Beauftragungen für ihre nachgeordneten Dienststellen und Institutionen rechtzeitig, mindestens ein Vierteljahr vor Lehrgangsbeginn, auf

und teilen den Spezialschulen den Anteil der Delegierten, aufgeschlüsselt auf jede IZL bzw. zuständige Nomenklaturstelle, mit.

2. Die Industriezweigleitungen beauftragen nach Absprache mit ihren zuständigen Dienststelle die Betriebe bzw. Institutionen mit Angabe der Termine für die Einreichung der Delegationenunterlagen an sie.
3. Die Kaderabteilungen der Betriebe bzw. der zuständigen Nomenklaturstellen unterstützen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Abteilungsleitern den Werkleitern bzw. Leitern der Institutionen die Delegationsvorschläge nach erfolgter kaderpolitischer Überprüfung.

Es dürfen nur Kader zum Vorschlag kommen, die Funktionen innehaben, die für die jeweiligen Lehrgänge festgelegt sind. Keinesfalls sind sogenannte abkömmliche Mitarbeiter zu delegieren oder sonstige Ausweichmanipulationen zu dulden. In erster Linie sind Kader zu delegieren, die auf Grund ihres Alters keinen staatlichen Abschluß durch Absolvierung eines Direkt- oder Fernstudiums erreichen können.

4. Die Werkleiter bzw. Leiter der Institutionen führen mit den zur Delegierung vorgeschlagenen Mitarbeitern ein persönliches Gespräch, bei dem vor allem der Gesundheitszustand des zur Delegierung vorgesehenen Mitarbeiters besprochen werden muß, und treffen dann die Auswahl.
5. Die Kaderabteilungen der Betriebe bzw. Institutionen sind nach erfolgter Auswahl für die Anfertigung nachfolgender Delegierungsunterlagen und termingemäße Zuleitung an die IZL verantwortlich:
6. **Delegierungsunterlagen**
  - a) Delegierungsschreiben vom Werkleiter bzw. Leiter der Institution,
  - b) Einverständniserklärung des Delegierten,
  - c) Beurteilung, vom Werkleiter bzw. Leiter der Institution zu unterschreiben,
  - d) Lebenslauf,
  - e) Kurzbiographie in zweifacher Ausfertigung.
7. Bei Nomenklaturkadern (Werkleiter — Kaderleiter) hat die Auswahl und Delegierung durch die Nomenklaturstelle (in den meisten Fällen die IZL) in gleicher Weise zu erfolgen.  
Für die Anfertigung der Delegierungsunterlagen sind die Kaderabteilungen der Nomenklaturstellen verantwortlich.
8. Die Industriezweigleitungen reichen nach Eingang und Überprüfung der Delegierungsunterlagen aus den Betrieben bzw. Institutionen den Hauptverwaltungen die Zweitschrift der Kurzbiographie der ausgewählten Delegierten weiter.
9. Die Hauptverwaltungen haben die Kurzbiographien zu überprüfen, sie zu bestätigen bzw. Vorschläge für zu treffende Veränderungen zu machen.  
Um der ZA Kader einen Überblick über die Zusammensetzung des Lehrganges zu ermöglichen, fertigen die Hauptverwaltungen eine Übersicht aller Delegierten an und überreichen diese der ZA Kader.

10. Die Industriezweigleitungen bzw. Nomenklaturstellen übermitteln nach Bestätigung der Kurzbiographie durch die Hauptverwaltungen bzw. nach durchgeführter Korrektur der Delegierungen die Delegierungsunterlagen spätestens 5 Wochen vor Lehrgangsbeginn an die betreffenden Spezialschulen und tragen die volle Verantwortung, daß ihre Beauftragung restlos erfüllt wird.

11. a) Die Spezialschulen laden die Delegierten umgehend unter Beifügung des Lehr- und Studienplanes ein. In der Einladung haben die Spezialschulen den Delegierten besonders darauf aufmerksam zu machen, daß etwaige Absagen, die nur bei schwerer Erkrankung, die einen längeren Arbeitsausfall zur Folge hat, Anerkennung finden können, grundsätzlich nicht bei der Spezialschule, sondern bei der IZL zu erfolgen haben.  
b) Die Industriezweigleitungen bzw. Nomenklaturstellen haben bei begründeten Absagen in Zusammenarbeit mit den Betrieben unbedingt gleichwertige Ersatzdelegierungen durchzuführen. Jeder Delegierte und jeder für die Delegierung verantwortliche Mitarbeiter wird disziplinarisch bestraft, wenn durch ihn die Nichtauslastung der vollen Kapazität der Schule verschuldet wird.
12. Die Leiter der Nomenklaturstellen sowie die Kaderleiter haben die Aufgabe, sich um die Entwicklung und Leistungen ihrer Delegierten während des Lehrganges zu kümmern. Besuche an den Spezialschulen können grundsätzlich nur durchgeführt werden, wenn eine schriftliche Anmeldung rechtzeitig erfolgte und die Bestätigung der Spezialschule vorliegt.
13. Nach Beendigung jedes Lehrganges überrenden die Spezialschulen an die Betriebe bzw. Nomenklaturstellen umgehend die Abschlußbeurteilungen und die Kaderunterlagen der Lehrgangsteilnehmer. Eine Durchschrift der Abschlußbeurteilungen und ein Abschlußbericht ist der ZA Kader zur Auswertung und zur Erfassung von Kaderreserven zu übermitteln. Nach Auswertung durch die ZA Kader werden die Durchschriften der Abschlußbeurteilungen — bis auf Werk- und Kaderleiter — der Hauptverwaltung zur Weiterleitung an die Industriezweigleitungen übermittelt. Die Abschlußbeurteilungen der Werk- und Kaderleiter verbleiben bei den Hauptverwaltungen.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/76 v. 15. 12. 56

#### IV. Absatz

##### 7. Delegiertenausweise zur Leipziger Frühjahrsmesse 1956

Berlin, den 21. November 1955

Das Leipziger Messeamt führte während der Leipziger Herbstmesse 1955 eine Kontrolle der Betriebsdelegiertenausweise durch. Dabei wurde festgestellt, daß eine Reihe von Betrieben die Betriebsdelegiertenausweise mehrmals an Kollegen ausgegeben hatten, um Kosten zu ersparen. Ferner wurde festgestellt, daß Einkäufer und andere Betriebsangehörige, die auf der Messe zu tun hatten, auf Betriebsdelegiertenausweis die Leipziger Messe besuchten.

Es wird hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß nur eine Person auf einen Delegiertenausweis berechtigt ist, die Messe zu besuchen. Der Betriebsdelegiertenausweis ist nicht übertragbar. Die Werkleiter werden hierfür verantwortlich gemacht.

Werden zur Frühjahrsmesse 1956 wieder Personen mit falschem Namen auf dem Betriebsdelegiertenaus-

weis angetroffen, werden diejenigen und der betreffende Betrieb zur Verantwortung gezogen.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/76 v. 15. 12. 56

##### 8. Verlagerung von Transporten der Reichsbahn auf den Kraftverkehr

Berlin, den 25. November 1955

Der Zentrale Exportausschuß hat auf seiner Sitzung am 21. Oktober 1955 zur Verbesserung der Transportlage im Herbstverkehr einen Beschluß gefaßt, der unter anderem vorsieht, daß alle Gütertransporte, die in der 50-km-Zone liegen und für den Kraftverkehr geeignet sind, auf den Kraftverkehr zu verlagern sind.

Durch diese Verlagerung können sich infolge der unterschiedlichen Tarife von Eisenbahn und Kraftverkehr für die verladende Wirtschaft erhöhte Transportkosten ergeben. Um für die Betriebe keine nachteiligen Auswirkungen eintreten zu lassen, ist auf Antrag des Zentralen Transportausschusses vom Ministerium der Finanzen folgendes bestimmt worden:

1. Die Mehrkosten (Differenz zwischen Eisenbahntarif, Transportkosten zur und von der Güterabfertigung sowie Umladekosten einerseits und Kraftverkehrstarif andererseits), die durch angeordnete Verlagerungen und Transporten von der Eisenbahn auf den Kraftverkehr eintreten, sind von den betroffenen Betrieben zu Lasten der Selbstkosten zu übernehmen, jedoch gesondert nachzuweisen. Die Notwendigkeit der Umlegung der Transporte ist zu belegen. Auf der Grundlage dieses Nachweises kann nach Überprüfung durch die Eigenkontrolle der übergeordneten Verwaltungen eine evtl. Überschreitung des Kostenplanes bzw. die Nichteinhaltung des Gewinnplanes nach § 3 (5) der Verordnung über den Direktorfonds vom 17. Februar 1955 und gemäß § 2 Ziffer 3 der Prämienverordnung vom 17. Februar 1955 als begründet anerkannt werden.

2. Die Entscheidung, welche Transporte von der Eisenbahn auf den Kraftverkehr im Interesse der Gewinnung von freiem Wagenraum umgelegt werden müssen, trifft der Referatsleiter Verkehr beim Rat des Kreises bzw. der Abteilungsleiter Verkehr beim Rat des Bezirkes im Rahmen der Beschlüsse des regionalen Transportausschusses. Diese sind verpflichtet, den betroffenen Betrieben über seinen Beschluß eine schriftliche Bestätigung auszuhändigen. Diese Bestätigung gilt für den Betrieb als der in Ziffer 1 geforderte Nachweis. Die Bestätigung hat die Unterschrift des Referatsleiters Verkehr beim Rat des Kreises bzw. Abteilungsleiter Verkehr beim Rat des Bezirkes zu tragen.

Verfg. u. Mtgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 55 v. 13. 12. 56

### V. Materialwirtschaft

#### 9. Durchführung der Materialabrechnung 1956 — Bericht über die Materialbewegung Formblatt 45 und 46

Berlin, den 5. Dezember 1955

Die Notwendigkeit der ständigen Verbesserung der Qualität der Volkswirtschaftsplanung sowie die Forderung nach sparsamster Verwendung des Materials verlangt eine bessere Analysierung des Planablaufes. Hierzu sind jedoch bessere Unterlagen erforderlich, die die Ausarbeitung einer Analyse ermöglichen und die für die operative Leitung der Volkswirtschaft brauchbar sind. Auf der anderen Seite stellte insbesondere das 25. Plenum des ZK der SED die richtige Forderung nach der Einschränkung des Berichtswesens.

Für den Sektor der Materialabrechnung wurde in Abstimmung mit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik die verbraucherseitige Abrechnung erweitert (z. B. Vorratsnorm gemäß GBl. 65/1955).

Durch die Beschränkung auf die wesentlichsten Fragen in einem kurzen Zyklus und anderen Angaben in einem längeren Zyklus wird eine exakte Abrechnung erreicht, ohne daß eine Verteuerung und ein Mehraufwand an Arbeitskraft hierfür eintritt.

Zur Erläuterung der Abrechnung:

##### I. Die Form der Durchführung

Das für das Jahr 1955 eingeführte Klebestreifenverfahren bleibt grundsätzlich bestehen. In Auswertung der bisher mit diesem Verfahren gemachten Erfahrungen werden jedoch einige Veränderungen erforderlich. Jeder Betrieb verwendet für das Planjahr 1956 je Abrechnung ein Stammblatt A und zwei Stammblätter B im Format DIN A 3. Die im Durchschreibeverfahren vorzunehmenden Eintragungen erfolgen nicht je Materialplanposition auf dem Stammblatt für sich, sondern auf dem gleichen Stammblatt werden die Materialplanpositionen nach der Reihenfolge der Nomenklatur zum Bericht über die Materialbewegung 45/46 gemäß Anlage 1 abgerechnet.

Je Abrechnungszeitraum hat jeder Betrieb der IZL (bei D-Betrieben der Hauptverwaltung) das Stammblatt A und das erste Stammblatt B zu übergeben, während das zweite Stammblatt B im Betrieb verbleibt. Das gleiche hat durch die IZL gegenüber der Hauptverwaltung und der Hauptverwaltung gegenüber der ZA Materialwirtschaft zu erfolgen.

In den Industriezweigleitungen und Hauptverwaltungen kommt zusätzlich für die Verdichtung der Meldestreifen aus dem Stammblatt A ein Sammelbogen für monatliche bzw. vierteljährliche Meldestreifen 45/46 (ähnlich der Abrechnung für das Jahr 1955) in Anwendung, der je Materialplanposition zu führen ist. Damit

wird erreicht, daß z. B. auf der Ebene der IZL die Materialbewegung je Betrieb (siehe das erste Stammblatt B des Betriebes) und die Materialbewegung je Materialplanposition (siehe Sammelbogen für monatliche bzw. vierteljährliche Meldestreifen 45/46) ersichtlich ist. In der gleichen Folge trifft das für die Hauptverwaltung und ZA Materialwirtschaft zu.

##### II. Abrechnungszeitraum

Für die Abrechnung im Quartalsmonat (z. B. Monat März) sind sämtliche in dem Stammblatt angegebenen Spalten (1—17) auszufüllen. In den dazwischenliegenden Monaten (z. B. die Monate Januar und Februar) sind nur die wichtigsten Kennziffern nach einer eingeschränkten Nomenklatur in den Spalten 1—4 und in den schraffierten Spalten 7 und 8, 10, 12 und 14 und 15 anzugeben.

Als Ausnahme für die Abrechnung des Monats Januar 1956 ist zu beachten, daß die Spalte 9 (Materialbestand lt. körperlicher Inventur am 1. Januar 1956) mit anzugeben ist.

Die monatliche bzw. vierteljährliche Abrechnung erfolgt jeweils für den Zeitraum seit Jahresbeginn bis zum letzten Tag des Berichtsmonats bzw. -quartals. Ein vorzeitiger Abschluß ist nicht zulässig.

##### III. Nomenklatur zum Bericht über die Materialbewegung 45/46 (Anlage 1)

Alle Materialplanpositionen der obengenannten Nomenklatur gemäß Anlage 1 sind im jeweils angegebenen Abrechnungszeitraum abzurechnen. Jede Materialplanposition hat eine laufende Nummer erhalten und dient dem Zwecke der Verschlüsselung der Abrechnung.

Die Buchstaben „m“ bzw. „v“ sagen aus, ob die betreffende Materialplanposition monatlich (m) bzw. vierteljährlich (v) abzurechnen ist. Befindet sich eines dieser Zeichen unter der Spalte „Abrechnung für Zentr.“, so sind diese Materialplanpositionen durch alle Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie abzurechnen. Angaben gleicher Art in den Spalten der Hauptverwaltung bedeuten, daß die Abrechnung nur im Bereich der betreffenden Hauptverwaltung erfolgt und im Bedarfsfalle der ZA Materialwirtschaft zu übergeben ist.

##### IV. Formblätter

Bei der Abrechnung der Materialbewegung 45/46 kommen folgende Formblätter zur Anwendung:

- |   |            |
|---|------------|
| 1. das Stammblatt A (perforiert, mit Streifenummierung, einseitig bedruckt) | } Anlage 2 |
| 2. das Stammblatt B (ohne Perforation, zweiseitig bedruckt)                 |            |

3. der Sammelbogen für monatliche bzw. vierteljährliche Meldestreifen 45 46 (zweiseitig bedruckt) . . . . . Anlage 3

Die Formblätter, einschließlich der Nomenklatur zum Bericht über die Materialbewegung 45 46, sind unter der Nummer 120 94 und 120 95 vom 28. Oktober 1955 durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik genehmigt und bis zum 31. Dezember 1956 befristet.

**V. Arbeitsrichtlinien**

1. Zwischen Stammblatt A (perforiert) und den beiden Stammblätern B ist je ein Kohlebogen einzulegen. Danach werden die Werte aus der Materialdispositionskartei in die entsprechenden Spalten der 45 46 übernommen und vom Stammblatt A auf die beiden Stammbblätter B durchgeschrieben (kann manuell oder maschinell erfolgen, muß jedoch gut lesbar sein).

Nach dem Einsetzen der Werte wird das Stammbblatt A und das erste Stammbblatt B vom Betrieb an die IZL (bei D-Betrieben an die Hauptverwaltung) gegeben.

2. Die IZL oder Hauptverwaltung klebt die monatlichen bzw. vierteljährlichen Meldestreifen auf den Sammelbogen (Anlage 3) je Materialplanposition in der Reihenfolge der Betriebe untereinander und adhart die Werte innerhalb der einzelnen Spalten. Zu diesem Zweck besitzen die Meldestreifen (Stammbblatt A) auf der Rückseite eine Streifengummierung.

3. Der Arbeitsvorgang auf der Ebene der IZL und Hauptverwaltung in Form des Verdichtens der Werte und der Weitergabe an die Hauptverwaltung bzw. ZA Materialwirtschaft ist entsprechend den Ausführungen unter V 1 und 2 durchzuführen.

4. Die Bestellung der unter IV. genannten Formblätter hat durch die IZL für ihren gesamten Verwaltungsbereich (alle abrechnungspflichtigen Betriebe) bis zum 22. Dezember 1955 an den Vordruck-Leitverlag in Berlin-Hohenschonhausen, Berliner Straße 69, zu erfolgen, um die Ausstellung der Rechnungen infolge der geringfügigen Beträge an die einzelnen Betriebe zu vermeiden und die Lieferung bis Ende Januar 1956 zu garantieren. Die Bestellungen für die D-Betriebe hat die Hauptverwaltung in eigener Verantwortung zum gleichen Termin aufzugeben.

Die Bezahlung der Rechnungen bzw. der Einzug der Beträge ist durch die Industriezweigleitungen bzw. Hauptverwaltungen in eigener Verantwortung zu regeln.

Der unmittelbare eigene Bedarf für die Hauptverwaltungen wird durch die ZA Materialwirtschaft bestellt.

**VI. Abgabetermin**

Abgabepflichtiger	Für die in den Quartalen dazwischenliegenden Monate Januar, Februar, April, Mai, Juli, August, Oktober, November	Für die Abrechnung im Quartalsmonat März, Juni, September, Dezember
Betrieb an IZL (bei D-Betrieben an HV)	bis zum 4. des folgenden Monats	bis zum 6. des folgenden Monats
IZL an HV	bis zum 8. des folgenden Monats	bis zum 11. des folgenden Monats
HV an ZA Materialwirtschaft	bis zum 11. des folgenden Monats	bis zum 14. des folgenden Monats

Sämtliche Abgabetermine beziehen sich auf Kalendertage.

**VII. Erläuterungen zum Bericht über die Materialbewegung 45 46 — Stammbblätter A und B (Anlage 2)**

**1 Allgemeines**

- a) Im Kopf oben links ist einzutragen: Benennung und Anschrift des Betriebes, Unterschrift des Werkleiters und des Bearbeiters.
- b) In der Mitte des Kopfes ist der Abrechnungszeitraum anzugeben (z. B. 1. Januar 1956 bis 31. März 1956).
- c) Bei Mengeneinheiten, wie qm, kg, cbm, sind die Angaben in den Spalten ohne Kommastelle zu machen. Bei den anderen Mengeneinheiten, wie t, Tqm, Tfm, TDM, ist in jedem Falle nur eine Kommastelle erforderlich. Dabei ist Auf- bzw. Abrundung zulässig.

**2 Erläuterungen zu den einzelnen Spalten**

**Spalte 1 (Schlüsselnummer des Betriebes)**  
In diese Spalte sollen entweder die drei letzten Stellen der Schlüsselnummer (entsprechend den Materialzuweisungen Formblatt 1720) oder eine von der IZL oder Hauptverwaltung festgelegte Schlüsselnummer, z. B. T 1, T 7, H 1 usw., eingesetzt werden, um Rückfragen und Kontrollen zu ermöglichen.

**Spalte 2 (Lfd. Nr. der Planposition lt. Nomenklatur der 45 46)**  
Hier ist die laufende Nummer aus der Nomenklatur zum Bericht über die Materialbewegung 45/46 gemäß Anlage 1 einzusetzen.

**Spalte 3 (Materialbezeichnung)**  
Maßgebend ist die Materialplanposition lt. Schlüsselnummer zum Volkswirtschaftsplan 1956 bzw. die Nomenklatur (Anlage 1).

**Spalte 4 (Mengeneinheit)**  
Entsprechend der Angabe in der Nomenklatur zum Bericht über die Materialbewegung 45/46 (Anlage 1) einsetzen.

**Spalte 5 (Insgesamt erhaltene Kontingente für 1956)**  
Es sind alle Materialkontingente für 1956 einzusetzen, die der Betrieb vom Kontingenträger Leichtindustrie (IZL, HV) erhalten hat. Auch die Kontingente, welche der Betrieb von fremden Auftraggebern — jedoch nur aus anderen Kontingenträgerbereichen — erhalten hat, und auch solche, die er später an einen fremden Auftragnehmer abgibt, sind ebenfalls hier mit zu melden.

**Spalte 6 Oberes Feld (a)**  
(darunter Kontingente an fremde Auftragnehmer abgegeben)

Die Summe der an fremde Auftragnehmer weitergegebenen Kontingente zur Erfüllung deren Produktionsaufgabe ist hier zu melden. Enthält z. B. Kontingente, die der Betrieb an fremde Auftragnehmer, z. B. für Reparaturen oder ähnliche Zwecke, gegeben hat.

**Unteres Feld (b)**  
(darunter Kontingente von fremden Auftraggebern erhalten)

Von fremden Auftraggebern bereitgestellte Kontingente, die zur Erfüllung der eigenen Produktionsaufgaben dienen, werden hier eingetragen. Die realisierten Mengen auf Grund dieser Kontingente sind in Spalte 10 mit anzugeben. Zu den Angaben in Spalte 6 wird nochmals darauf hingewiesen, daß Kontingente oder Material nur entsprechend der Ordnung der Materialplanung 1956 (Kontingenträgerverzeichnis) zu verwenden ist.

**Spalte 7 (durch Bestellungen gebundene Kontingente insgesamt)**  
Die auf Grund vorliegender Kontingente aufgegebenen Bestellungen sind hier einzutragen:

unberücksichtigt bleibt hier, ob die Bestellung von seiten des Lieferers schon bestätigt ist, also ein Vertrag geschlossen wurde.

**Spalte 8 (darunter vertraglich gebunden)**

Hier ist die Höhe der fest abgeschlossenen Lieferverträge auf Grund der vorliegenden Kontingente einzusetzen. Hierunter sind in jedem Falle auch Bestellungen bis zu einem Betrag von 5000 DM, über die ein Abschluß formeller Verträge nicht erforderlich ist, einzubeziehen.

**Spalte 9 (Materialbestand lt. körperlicher Inventur am 1. Januar 1956)**

Hier sind alle betriebseigenen Materialien zu melden, die durch die Bestandsaufnahme am 1. Januar 1956 erfaßt wurden, unabhängig von der Verwendbarkeit für die Produktion oder für andere Zwecke des Betriebes.

Der Jahresanfangsbestand kann im Verlaufe des Jahres nur eine Veränderung erfahren, wenn eine Betriebsumgliederung zu verzeichnen ist. Veränderungen, z. B. durch laufende Überprüfungen der Bestände, sind in den Spalten 11 und 13 (Sonstige Zu- und Abgänge) aufzuführen und in einer Kurzanalyse zu begründen.

**Materialeingänge seit 1. Januar 1956**

**Spalte 10 (Materialeingänge insgesamt auf Grund von Kontingenten — auch ungeprüftes Material)**  
Die Menge aller Materialien, die der Betrieb auf Grund der ihm zugewiesenen Kontingente erhalten hat, wird hier eingetragen. Hier sind ebenfalls die Materialmengen zu melden, die durch den Betrieb noch keiner Kontrolle hinsichtlich der vertraglichen Vereinbarungen unterzogen wurden.

Gleichfalls müssen hier die realisierten Mengen gemeldet werden, für die der meldende Betrieb Kontingente von Betrieben des Kontingenträgers Leichtindustrie erhalten hat. Auch die Mengen, die gleich von einem Auftragnehmer zur Durchführung eines Lohnauftrages geliefert wurden, wofür der meldende Betrieb aber das Kontingent zur Verfügung gestellt hat, sind in dieser Spalte mit zu melden.

**Spalte 11 (Sonstige Zugänge aus inneren und örtlichen Reservern und Umsetzungen — bei Verpackung einschließlich Rückläufen)**

Es sind alle Materialzugänge und inneren und örtlichen Reservern sowie aus Umsetzungen zu melden, welche für die Erfüllung der Produktionsaufgaben des eigenen Betriebes Verwendung finden und wofür der Betrieb keine Kontingente gegeben hat.

Besondere Aufmerksamkeit muß dem Rücklauf der Löhverpackung gewidmet werden, die in jedem Falle als sonstiger Zugang zu werten ist.

**Materialabgänge seit dem 1. Januar 1956**

**Spalte 12 (Betriebsverbrauch insgesamt — einschließlich an Auftragnehmer geliefertes Material für P-2-Produktion)**

Hier ist der gesamte Betriebsverbrauch anzugeben, auch die Materialien, die an einen Zulieferer für die Durchführung von Lohnarbeit und Kooperation (P 2) weitergegeben worden sind. Für diese beiden Leistungsarten empfangenes und verbrauchtes Material darf von den Betrieben, die P-2-Produktion oder Lohnarbeiten ausführen, diese Menge nicht als Betriebsverbrauch gemeldet werden. Bearbeitungsverluste, welche bei der Bearbeitung von Materialien durch Unterlieferanten entstehen, sind als Betriebsverbrauch mit auszuweisen.

**Spalte 13 (Sonstige Abgänge)**

Sämtliche sonstigen Abgänge sind hier zu er-

fassen, Materialumsetzungen, Verkauf an DHZ aus Überplanbeständen, Abgaben an die Örtliche Wirtschaft usw.

**Bestand am Ende des Berichtszeitraumes**

**Spalte 14 (Gesamtbestand)**

Es sind alle betriebseigenen Materialien zu melden.

Hierzu gehören auch die Materialbestände, die in Lagerhallen oder auf Lagerplätzen außerhalb des Betriebes lagern oder zur Bearbeitung bei Unterlieferanten sind. Auch das ungeprüfte Material ist in den Bestand mit einzubeziehen.

Unberücksichtigt bleibt hier das zum Absatz bestimmte Material aus der eigenen Produktion sowie das von fremden Auftraggebern im Betrieb befindliche Material, das Eigentum des Auftraggebers ist.

Der gemeldete Gesamtbestand muß mit dem tatsächlich vorhandenen Bestand lt. Materialdispositionskartei übereinstimmen.

Die Kontrollrechnung für die Abrechnung im Quartalsmonat ist wie folgt durchzuführen:

Spalte 9, 10 und 11 ./ 12 und 13 = 14

**Spalte 15 (darunter für die eigene Produktion nicht verwendbar)**

Dieser Teil der betrieblichen Materialbestände umfaßt nicht nur ungängiges Material — nicht verwendbare Sorten und Abmessungen —, sondern auch die Mengen, die zur Durchführung der vorliegenden Aufträge nicht notwendig sind.

Um eine schnelle Umdisponierung von nicht für die eigene Produktion verwendbaren Materialien durchzuführen, sind diese Bestände unter Angabe der Abmessungen, Güte usw. in einer formlosen Anlage zu spezifizieren.

**Spalte 16/17 (Vorratsnorm)**

**Oberes Feld jeder Zeile**

Hier ist die ermittelte ökonomisch begründete und bestätigte Vorratsnorm nach Menge und Tagen einzusetzen. Da die Vorratsnorm die Grundlage für die Materialdisposition mit darstellt, ist stets die neueste bestätigte Vorratsnorm zu melden.

**Unteres Feld jeder Zeile**

Der im Betrieb ermittelte Höchstvorrat zur Aufrechterhaltung der Produktion ist in Menge und Tagen einzusetzen.

**VIII. Erläuterungen zum Sammelbogen für monatliche bzw. vierteljährliche Meldestellen 45/46 (Anlage 3)**

Dieser Sammelbogen wird grundsätzlich nach der gleichen Ausführung des Jahres 1955 — unter Beachtung der Spalten in den Stammbölgern A und B — herausgegeben.

Die Verwendung hat durch die Industriezweigleitungen und Hauptverwaltungen gemäß I und V/2 zu erfolgen.

**IX. Veränderungen in dem Bericht über die Materialbewegung 45/46**

Grundsätzlicher Art, z. B. Differenzen, die sich aus Überprüfungen der Bestände, durch Fehlbuchungen im Zu- oder Abgang ergeben, sind in einer Kurzanalyse zu begründen.

**X. Voraussetzung für eine exakte Abrechnung ist die Beachtung der gegebenen Erläuterungen, Ordnung in der Lagerwirtschaft des Betriebes und die Erfassung des gesamten betrieblichen Geschehens auf dem Gebiete der Materialwirtschaft.**

Nur auf diese Weise wird es möglich, den Bericht über die Materialbewegung 45/46 zu einem operativen Instrument des Handelns in allen Bereichen zu machen.

## Nomenklatur für die Materialabrechnung 1956

Anlage 1

Lfd. Nr.	Plan-position	Materialbezeichnung	Abrechnung nach Formblatt 45/46						
			ME Zentr.	fur Textil	Leder	Holz	Poly	Glas Keram.	Rohstoff-reserve
1	127 35 00	Schwefelkies	t				m		
2	127 51 00	Feldspat	t					m	
3	127 52 00	Pegmatit	t					m	
4	127 61 20	Kaolin, geschl.	t				m	m	
5	131 41 51	feiner Stabstahl bis 30 mm	t	m					
6	131 41 52	grober Stabstahl über 30 mm	t	m					
7	131 41 60	Bandstahl, warmgewalzt	t	v					
8	131 42 19	Handelsbleche, 5 mm und darüber	t	v					
9	131 42 21	Mittelbleche, 3 mm	t	v					
10	131 42 22	Mittelbleche über 3 bis unter 5 mm	t	v					
11	131 42 33	Ziehbleche (Gr. V—VI)	t	v					
12	131 42 34	Tiefziehbleche (Gr. VII und darüber)	t	m					
13	131 42 36	Feinbleche unter 0,9 mm	t	m					
14	131 42 37	Feinbleche, 0,9—1,25 mm	t	m					
15	131 42 38	Feinbleche über 1,25 bis unter 3 mm	t	m					
16	131 42 45	nichtrostende Bleche aller Stärken	t	v					
17	131 44 10	nahtlose Röhre	t	v					
18	131 51 10	geschweißte Gas- und Wasserleitungsrohre 1/8—2"	t	m					
19	131 61 10	kaltgewalzter Bandstahl	t	m					
20	131 62 10	Automatenstahl, blank gezogen	t	v					
21	131 62 31	Sonstiger unlegierter Stabstahl, blank gezogen	t	m					
22	131 63 10	geschweißte Röhre, kalt nachgezogen	t	v					
23	134 16 00	Selen	kg					m	
24	134 19 18	Kobalt	kg					m	
25	134 41 00	Walzerzeugnisse aus Kupfer	kg	m					
26	134 42 00	WE aus Messing	kg	m					
27	134 45 10	WE aus Alu- und Alulegierung	kg	m					
28	134 47 00	WE aus Zink- und Zinklegierung	kg	m					
29	134 82 20	Quecksilber	kg				m	m	
30	141 11 10	Schwefel	t	m					
31	141 11 51	Schwefelsäure	t	m					
32	131 12 10	Kalz. Soda	t	m					
33	141 12 30	Aetznatron	t	m					
34	141 17 30	Borax	t	m					
35	141 18 31	Lithopone	t	v					
36	141 18 32	Zinkoxyd, rein (Zinkweiß)	t	v					
37	141 18 36	Blancfix	t				m		
38	141 18 40	Bleimennige (nicht für Farben)	t					m	
39	141 19 40	Titanioxyd	t	v					
40	141 19 50	Kalumbichromat	t	v					
41	142 51 10	Trikresylphosphat	t	m					
42	142 51 30	Palatinole	t	m					
43	142 51 50	Mesamoll	t	m					
44	142 51 90	Sonstige Weichmacher	t	m					
45	144 34 10	Hautleim	t	v					
46	144 34 20	Knochenleim	t	v					
47	145 12 10	PVC (Pulver)	t	m					
48	145 12 20	PVC (Paste und Emulsion)	t	m					
49	145 12 40	Polyvinylchlorid (insgesamt)	t	v					
50	145 14 00	Polystyrol	t	m					
51	145 16 20	Zelluloidplatten	t	v					
52	147 11 11	Synth. Kautschuk	t	m					
53	147 11 20	Naturkautschuk	t	m					
54	148 43 20	Maschinenöl	t	m					

Lfd. Nr.	Plan-position	Materialbezeichnung	Abrechnung nach Formblatt 45 46								
			ME Zentr.	für	Tex-til	Leder	Holz	Poly	Glas	Rohstoff-Keram	reserve
55	148 43 70	Heißdampfzylinderöl	t		m						
56	148 44 10	Hartparaffin	t		v						
57	148 54 00	Heizöle	t		v						
58	151 22 00	Sande für die Glas- und Keramik-industrie	t						m		
59	153 11 10	gebrauchter Industriekalk	t		v						
60	153 13 00	Zement (außer Sulfathüttenzement)	t		m						
61	153 20 00	Ziegelsteine	TStück		m						
62	25 11 100	Grauguß	t		v						
63	26 11 200	Gelenkketten	t		m						
64	26 13 100	Drahtgeflechte	t		v						
65	26 18 310	Holzschrauben bis 3 mm	t		v						
66	26 18 320	Holzschrauben über 3 mm	t		v						
67	26 21 000	Nieten	t		m						
68	26 22 100	gezogener Stahldraht unter 100 kg Fest. aus	t		m						
69	26 22 100	davon: Hefdraht	t		m						
70	26 22 200	gezogener Draht über 100 kg Festigkeit	t		m						
71	26 23 200	Drahtstifte	t		v						
72	27 11 200	Wechselstrommotore über 1—10 kW	Stück		v						
73	27 51 100	Starkstromkabel	TDM		v						
74	27 52 200	Gummischlauchleitungen bis 25 qmm	TDM		v						
75	27 81 120	Bleiakku für E-Fahrzeuge	TDM		v						
76	31 11 100	Nadelschnittholz	cbm		m						
77	31 11 210	Elchenschnittholz	cbm		m						
78	31 11 220	Rotbuchenschnittholz	cbm		m						
79	31 11 290	Sonstiges Laubschnittholz	cbm		m						
80	31 14 100	Deck- und Absperrfurniere	Tqm		v						
81	31 14 210	Furnierplatten	cbm		v						
82	31 14 220	Hartfaserplatten	cbm		v						
83	31 14 230	Tischlerplatten	cbm		v						
84	31 32 000	Kisten und Verschlüge aus Holz	TDM		m						
85	32 11 130	Feinkunstseide	t		m						
86	32 12 000	Zellwolle B	t		m						
87	32 13 000	Zellwolle W	t		m						
88	32 15 120	Perlonseide	t		m						
89	32 15 130	Perlonfaser	t			m					
90	32 21 110	Schwingflachs	t			m					
91	32 21 120	Flachrötberg	t		v						
92	32 21 150	Hanfröstlangfaser	t			v					
93	32 21 160	Hanfröstberg	t			v					
94	32 23 000	Reißspinnstoffe	t		v						
95	32 24 000	Wolle, gewaschen	t		m						
96	32 32 111	Wollene Kammgarne	t			m					
97	32 32 112	Kammgarn-Zellw. W.	t			m					
98	32 32 131	Wollene Streichgarne	t			m					
99	32 32 132	Streichgarne (Zellw. W. und Reißspinnstoffe)	t			m					
100	32 32 151	3- und 4zyl. Baumwolle.	t		m						
101	32 32 153	3- und 4zyl. Garne (Zellwolle B)	t		m						
102	32 32 170	2zyl. Garne	t			m					
103	32 32 210	Flachgarne	t			m					
104	32 32 220	Flachswerggarne	t			m					
105	32 41 141	Baumwollgewebe	Tqm		m						
106	32 41 142	Baumwollartige Gewebe aus Zellwolle B	Tqm		m						
107	32 41 182	Kunstseiden- und Halbkunstseiden-gewebe	Tqm		m						
108	32 88 110	Tierhaare, gew.	t		m						

Lfd. Nr.	Plan-position	Materialbezeichnung	Abrechnung nach Formblatt 45 46							
			ME	fur Zentr.	Tex-til	Leder	Holz	Poly	Glas Keram.	Rohstoff- reserve
109	32 98 140	Naturseide	t		v					
110	32 98 150	Baumwolle, entkernt	t		m					
111	32 98 160	Jute	t		m					
112	34 11 100	Sohlenleder	t				m			
113	34 11 200	Brandsohlenleder	t				m			
114	34 11 300	Sattler- und Geschirrleder	t	m						
115	34 11 400	Hartes techn. Leder und Treibriemenleder	t	m						
116	34 12 110	Chromoberleder	Tqm	m						
117	34 12 120	Juchtenleder	Tqm	m						
118	34 12 130	Futterleder	Tqm	m						
119	34 65 000	Kaninshaare, geb.	t				m			
120	35 11 210	Sulfitzellstoff	t	atro					m	
121	35 11 220	Sulfatzellstoff aus Holz	t	atro					m	
122	35 11 230	Sulfatzellstoff aus Stroh	t	atro					m	
123	35 12 100	Weiß- und Braunsch.	t	atro					m	
124	35 12 200	Gelbstrohstoff	t	atro					m	
125	35 12 900	Sonstige Faserstoffe	t	atro					v	
126	35 13 100	Zeitungsdruckpapier	t						m	
127	35 13 200	Schreib- und Druckpapier	t	m						
128	35 13 312	Natronsackpapier	t	v						
129	35 13 315	Spinnpapier	t	m						
130	35 13 331	Strohpackpapier	t	m						
131	35 13 338	Textilhülsenpapier	t						v	
132	35 13 339	übrige Packpapiere	t	m						
133	35 13 362	Seidenpapiere	t	m						
134	35 13 370	Pergamentersatzpapiere	t	v						
135	35 14 310	Chromoersatzkarton	t	m						
136	35 14 320	Maschinenkarton bis 400 g	t	m						
137	35 14 330	Maschinenkarton über 400 g	t	m						
138	35 14 710	Lederpappe	t	m						
139	35 14 720	Hartpappe	t	m						
140	35 14 730	Graupappe	t	m						
141	35 14 740	Holzpappe	t	m						
142	35 35 200	Faltschachteln	t	m						
143	35 39 400	Kartonagen	t	m						
144	35 39 611	Wellpappe und Wellpappenerzeugnisse	t	m						
145	35 39 740	echt Pergamentpapier	t						v	
146	37 15 200	Pflanzenöl, raff.	dz	v						
147	37 54 100	Kartoffelstärke, trocken aus	dz	v						
148	37 54 500	Dextrin	dz	v						
149	38 11 800	Spritrektifikat	hl	v						
150	39 52 000	Altpapier	t	v						
151	39 63 100	Lumpen für die Textilindustrie	t	v						
152	39 63 300	Papier- und Pappenlumpen	t	v						
153	51 15 300	Stroh	t	m						
154	52 34 110	rohe Häute, schwer	tSg				m			
155	52 34 120	rohe Häute, leicht	tSg				m			
156	58 11 110	Stammholz, Eiche	Tfm	v						
157	58 11 120	Stammholz, Buche	Tfm	v						
158	58 11 130	Stammholz, sonst. Laub	Tfm	v						
159	58 11 140/150	Stammholz, Nadel	Tfm	v						
160	58 11 210	Furnierholz, Eiche	Tfm					v		
161	58 11 220	Furnierholz, Buche	Tfm					v		
162	58 11 230	Furnierholz, sonst. Laub	Tfm					v		
163	58 11 240/250	Furnierholz, Nadel	Tfm					v		
164	58 11 810/830	Faserholz, Laub	Tfm						m	
165	58 11 840	Faserholz, Kiefer	Tfm						m	
166	58 11 850	Faserholz, Fichte	Tfm						m	

**Anlage 2**

Betrieb: \_\_\_\_\_ Unterschrift: **Bericht über die Materialbewegung 45/46**

(Werkleiter) für den Berichtszeitraum vom 1. 1. 1956 Genehmigungsvermerk

(Bearbeiter) bis 1956

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

**Anlage 3**

**Sammelbogen für monatliche bzw. vierteljährliche Meldestreifen 45/46**

Monat \_\_\_\_\_ 1956 Genehmigungsvermerk

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

Für alle in den o. g. Spalten der Anlage 2 gilt für das Arbeitsblatt der Verwaltungen der gleiche Text

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/35 v. 15. 12. 55

**10. Arbeitsrichtlinie Nr. 6/55 zur Anordnung vom 10. März 1955 über die Erfassung und Bilanzierung der inneren und örtlichen Reserven in den Bezirken und Kreisen (GBL I S. 203)**

Berlin, den 23. November 1955

Zur Durchführung obgenannter Anordnung erscheint Mitte Dezember 1955 eine Arbeitsrichtlinie mit der Nummer 6/55 in der „Losblattsammlung über die Materialwirtschaft“.

Da diese Arbeitsrichtlinie Nr. 6/55 eine gewisse Systematik und Intensität bei der Erfassung und Bilanzierung der inneren und örtlichen Reserven gewährleisten soll, ist es notwendig, daß sich jeder Betrieb des Ministeriums für Leichtindustrie diese Arbeitsrichtlinie rechtzeitig beschafft.

Wir weisen in diesem Zusammenhang nochmals auf die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und den Beauftragten der Räte der Kreise lt. § 7 der Anordnung vom 10. März 1955 besonders hin.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/35 v. 15. 12. 55

**VI. Arbeit**

**11. Ausfall von Arbeitskräften durch längere Krankheit**

Berlin, den 25. November 1955

Von den Betrieben werden z. T. Arbeitskräfte, die länger als 6 Wochen krank sind, mit der Begründung entlassen, daß die Einhaltung des Arbeitskräfteplanes eine solche Maßnahme notwendig macht.

Dieses Verhalten widerspricht den Grundsätzen der gesetzlichen Bestimmungen. Die Einhaltung des Arbeitskräfteplanes kann nicht durch solche Maßnahmen gesichert werden.

Von der Regierung werden beträchtliche Mittel für den vorbeugenden Gesundheitsschutz, den Arbeitsschutz und die ärztliche Betreuung der Werkstätten im Rahmen der Sozialversicherung aufgewendet, die die Voraussetzungen für die weitgehende Einschränkung von Arbeitsausfall durch Krankheit und Unfall geben.

In einzelnen Ausnahmefällen können jedoch durch besondere Umstände zeitweilig Schwierigkeiten für die Betriebe dadurch eintreten, daß einzelne Beschäftigte längere Zeit arbeitsunfähig sind. In solchen Fällen kann zur Durchführung der Produktionsaufgaben die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte erfolgen, ohne daß

die arbeitsunfähigen Belegschaftsmitglieder entlassen werden. Eine eventuelle Überschreitung der geplanten Anzahl der Arbeitskräfte ist in der Analyse zur Arbeitskräfteplanabrechnung zu begründen. Dabei ist die Anzahl der Arbeitskräfte anzugeben, die zum Ausgleich des Arbeitsausfalles durch Dauerkranke eingestellt worden sind. In der Abrechnung des Arbeitskräfteplanes ist eine so begründete Überschreitung der geplanten Arbeitskräftezahl als zulässige Planabweichung zu betrachten und zu behandeln. Diese Regelung gilt für alle Beschäftigten, einschließlich des stellenspflichtigen Personals (vgl. dazu auch den Beschluß der Staatlichen Stellenplankommission vom 11. November 1952 — Min.Bl. 45/1952).

Die Planabweichung darf sich in jedem Falle jedoch nur auf die Anzahl der Arbeitskräfte beziehen. Eine Überschreitung des Lohnfonds kann durch die Einstellung von Arbeitskräften zum Ausgleich des Arbeitsausfalles von Dauerkranken nicht eintreten.

Für die Industriezweigleitungen und Hauptverwaltungen ergibt sich aus dieser Regelung die Verpflichtung, die Angaben der Betriebe in der Berichterstattung zu beachten und in jedem Fall die Ursachen des erhöhten Krankenstandes festzustellen und zu beseitigen

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/35 v. 15. 12. 55

## VII. Mitteilungen

## 12. Berichtigungen

Berlin, den 2. Dezember 1955

In der Veröffentlichung in den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 12 (Seite 246, Abschnitt II 7c) ist der Begriff „Planreserven“ dahingehend aufzufassen, daß es sich nur um solche Planreserven handelt, die sich aus dem Planablauf ergeben und die durch die Mitarbeit der Werktätigen (ökonomische Konferenzen, Bewegung „Verzicht auf staatliche Zuschüsse“ u. dgl.) mobilisiert werden. Unabhängig davon müssen Planreserven, die durch eine Verletzung von Gesetzen, Verordnungen, Anordnungen und Beschlüssen in die Pläne eingebaut wurden, zu einer Veränderung der staatlichen Aufgaben führen (siehe § 8 der 1. DB zum Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1955, GBl. I S. 366).

Berlin, den 17. November 1955

In den Verfügungen und Mitteilungen Nr. 10 ist für „Ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ der Kollege **Wunner, Hans**, vom VEB Baumwollspinnerei, Plauen, in die Ehrentafel der vom 13. Oktober ausgezeichneten Kollegen aufgenommen worden.

Irrtümlich ist der VEB Baumwollspinnerei, Plauen, angeführt, es muß aber richtig heißen:

**Wunner, Hans**  
VEB Vogtl. Baumwollwebereien, Plauen.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/55 v. 16. 12. 55

## 13. Ordnungsstrafen

Berlin, den 9. November 1955

Auf Grund von Verstößen gegen die Wirtschafts- und Finanzdisziplin wurden durch den Minister für Leichtindustrie nach der Verordnung vom 6. November 1952 (GBl. 1192) folgende Ordnungsstrafen ausgesprochen:

a) Gegen den Werkleiter **Britz Böhm**, VEB Imprägnierwerk Hubertusmühle, Finowfurt, in Höhe von 100 DM,

gegen den Hauptbuchhalter **Rudi Dräger**, VEB Imprägnierwerk Hubertusmühle, Finowfurt, in Höhe von 50 DM.

Durch mangelhafte Betriebsorganisation verfielen für die Produktion des Betriebes im I. Quartal 1955 Teerölkontingente in Höhe von 214,3 t. Weiterhin wurden zur Behebung von Versorgungsschwierigkeiten Taxifahrten in einer Höhe von 3,4 TDM angewiesen. Im Jahre 1954 wurden aus dem Warenfonds der Bevölkerung 186 t Siebkohle gekauft, die einen Mehraufwand gegenüber dem Bezug vom Großhandel in Höhe von 3,7 TDM verursachte. Diese Verstöße gegen die Finanz- und Haushaltsdisziplin waren möglich, weil Werkleiter und Hauptbuchhalter nicht im erforderlichen Umfang ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht genügten. So hätten z.B. die Taxifahrten zur Behebung von Versorgungsschwierigkeiten vermieden werden können, wenn bereits ab Beginn des Planjahres die Leitungsaufgaben in der notwendigen Weise ausgeübt worden wären.

Der Hauptbuchhalter hat darüber hinaus versäumt, der übergeordneten Dienststelle von der mangelhaft durchgeführten Tätigkeit des Werkleiters Kenntnis zu geben.

b) Gegen den ehemaligen Hauptbuchhalter im VEB Geschäfts- und Kontobuchdruck (jetzt Kontorleiter im Deutschen Innen- und Außenhandel Holz und Papier), **Arno Schilka**, in Höhe von 100 DM,

Der ehemalige Hauptbuchhalter ist nur ungenügend seiner Kontroll- und Aufsichtspflicht nachgekommen. So waren die Produktionserzeugnisse der II. Wahl weder karteimäßig erfaßt noch bewertet; Transport- und Fundamentkosten für aus Investitionsmitteln angeschaffte Produktionsmaschinen in Höhe von 1,6 TDM aus Umlaufmitteln finanziert und zu Lasten der Kosten gebucht; Reisekostenvorschüsse nicht nach Abschluß der Dienstreise abgerechnet, sondern die Abrechnung bis zu neun Monaten verzögert; zur Beseitigung von Überplanbeständen keinerlei Maßnahmen eingeleitet; Rechnungsausgänge ungenügend überwacht, so daß dadurch dem Haushalt Verluste durch uneinbringliche Forderungen entstanden; die Werkküchenaufwände falsch in den Selbstkosten des Betriebes gebucht, obwohl sie nach den bestehenden Bestimmungen aus dem Direktorfonds zu decken waren; das Anlagevermögen z. T. falsch bewertet, so daß Abschreibungen in zu geringer Höhe an die DIB abgeführt wurden.

Der Hauptbuchhalter konnte nachweisen, daß er Aufgaben des kaufmännischen Leiters und z. T. des Werkleiters für den Betrieb mit gutem Erfolg löste. Trotzdem wurde die Ordnungsstrafe erteilt unter der Voraussetzung, daß man jeweils für die Funktion verantwortlich ist, für die man eingesetzt wurde.

Die Ordnungsstrafe wurde vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bestätigt.

c) Gegen den Werkleiter **Hugo Israel**, VEB Altstoffhandel Berlin, in Höhe von 500 DM,  
gegen die Hauptbuchhalterin **Christel Killian**, VEB Altstoffhandel Berlin, in Höhe von 200 DM.

Durch mangelhafte Ausübung der Kontroll- und Aufsichtspflicht sowie Nichtbeachtung der von den Revisionsorganen und von den Kontrollausschüssen erteilten Weisungen sind im Betrieb zum 31. Dezember 1954 Inventurdifferenzen in Altstoffen in Höhe von 34,7 TDM aufgetreten. Die mangelhaft ausgeübte Aufsichtspflicht führte darüber hinaus dazu, daß Erfassungsteilnehmer in erheblichem Umfang Unterschlagungen begehen konnten, die durch Gerichtsurteile geahndet wurden.

Die Hauptbuchhalterin hat darüber hinaus die übergeordnete Verwaltung nicht rechtzeitig und ausführlich von den bestehenden Mängeln in der Verwaltung und dem Nachweis der Bestände in Kenntnis gesetzt.

d) Gegen den Leiter der Handelsniederlassung Cottbus der DHZ Bürobedarf, **Günter Müller**, in Höhe von 100 DM,

gegen den Verkaufsleiter der Handelsniederlassung Cottbus der DHZ Bürobedarf, **Erich Voß**, in Höhe von 300 DM.

Im Jahre 1954 wurden in erheblichem Umfang Umsätze an den privaten Großhandel mit Handelspannennachlässen bis zu 0,5% (die damit nicht mehr die Selbstkosten des Großhandelsorgans deckten) getätigt. Dadurch sind dem Haushalt rund 35 TDM Akkumulation verlorengegangen.

Der Leiter der Handelsniederlassung hat zwar ständig schriftliche Anweisungen erteilt, die diese Handhabung untersagten, er hat es aber nicht verstanden, die Durchführung seiner Anweisungen ordnungsgemäß zu kontrollieren und gegebenenfalls mit disziplinarischen Maßnahmen durchzusetzen.

Der Verkaufsleiter hat ständig diesen Anweisungen des Niederlassungsleiters zuwidergehandelt.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13/55 v. 16. 12. 55

Dr. Feldmann  
Minister

### VIII. Mitteilungen der Hauptverwaltungen

#### Mitteilungen der Hauptverwaltung Textil

##### Umbesetzung in der Abteilung Rechnungswesen und Revision der HV Textil

Berlin, den 21. November 1955

Durch einen anderweitigen wichtigen Einsatz ist der bisherige kommissarische Hauptbuchhalter, Kollege Lipke, mit dem 19. November 1955 ausgeschieden. Die Funktion des Hauptbuchhalters der HV Textil wurde dem bisherigen Leiter der Revisionsgruppe der HV Textil, Kollegen Alfred Grundmann, übertragen.

Als Leiter der Revisionsgruppe der HV Textil wurde der bisherige Hauptrevisor der Industriezweigleitung Trikot, Limbach, Kollege Werner Steude, eingesetzt.

##### Verbrauchsabgaben für neuartige und neue Textilwaren

Berlin, den 9. November 1955

Das Ministerium für Handel und Versorgung, HA Planung und Statistik, Berlin W 8, nimmt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei Verbraucherpreisen für neuartige und neue Artikel, für die bisher keine Verbrauchsabgabensätze zur „Liste der Verbrauchsabgaben und Handelspreisen für Textilwaren und Bekleidung“

bestehen, oder bei Artikeln, deren Preise nicht eindeutig aus den bestehenden Konsumgüter-Preislisten hervorgehen, Anträge auf Festlegung von Verbrauchsabgaben zunächst an das Zentralreferat Textil des Ministeriums der Finanzen in Karl-Marx-Stadt, Crusiusstraße 5, zu richten sind. Den Anträgen auf Festsetzung der staatlichen Nomenklatur sind Unterlagen beizufügen, wie sie zu § 1 der 2. Durchführungsbestimmung vom 2. Januar 1954 zur PVO Nr. 329 (GBl. 1954, S. 90) angeführt sind. Die Anträge sind rechtzeitig zu stellen und nicht erst dann, wenn die Auslieferung der Textilwaren unmittelbar an die Handelsorgane bevorsteht.

Bevor der Antrag dem Zentralreferat Textil vorgelegt wird, ist die Zustimmung der Produktionsaufnahme der IZL erforderlich.

Das Zentralreferat wird die Anträge entsprechend diesen Festlegungen behandeln und mit der Stellungnahme bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen zwecks Festlegung von Verbraucherpreisen an das Ministerium für Handel und Versorgung weiterleiten.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leihund. Nr. 12 35 v. 16. 12. 55

Reinhold  
Hauptverwaltungsleiter

#### Mitteilungen der Hauptverwaltung Leder/Schuhe/Rauchwaren

##### Literaturbeschaffung

Durch die Reorganisation in der HV Leder/Schuhe/Rauchwaren und Aufgliederung der Industriezweige auf zwei Industriezweigleitungen macht es sich erforderlich, auch die Literaturstellen entsprechend diesen Aufgliederungen in ihre Zuständigkeitsbereiche umzuorganisieren.

Die bisherige Literaturstelle 535 (vormals VVB Pelz) stellt mit Wirkung vom 31. Dezember 1955 ihre Tätigkeit ein. Zuständig ist die Literaturstelle 534, Deutsches Lederinstitut Freiberg, Terrassengasse 1, für die Industriezweige

Lederherstellung,  
Kunstleder,  
Rauchwaren,  
Filze,  
Hüte.

Die Literaturstelle 536, Zentrales Musterbüro Schuhe, Weißenfels, Tagewerbener Straße 75, ist zuständig für die Industriezweige

Schuhe und  
Lederwaren.

Bei dieser Gelegenheit mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß alle Fachliteratur aus der SU und allen Volksdemokratien sowie aus Westdeutschland und dem kapitalistischen Ausland, die für die Betriebe erforderlich ist, über obige Stelle beschafft werden kann. Ebenfalls kann Fachliteratur für den persönlichen Bedarf leitender Mitarbeiter der volkseigenen Industrie über obengenannte Literaturstellen beschafft werden.

Den Anregungen aus den Kreisen der Leser und vor allem einem Vorschlag der HV Leder/Schuhe/Rauchwaren folgend, wird die „Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift“ ab 1. Januar 1956 sich ausschließlich mit Fragen der Schuh- und Lederindustrie, des Schuhhandels und des Schuhmacherhandwerks befassen.

Diese Umstellung erlaubt eine gründlichere und ausführlichere Behandlung aller Fachfragen, so daß damit unsere Fachzeitschrift zu einem wichtigen Helfer bei der Erfüllung der unserer Schuh- und Lederindustrie gestellten Aufgaben werden kann.

Die Fragen der Lederwarenindustrie und des Täschnerhandwerks werden in einer neu im Verlag „Die Wirtschaft“ ab 1. Januar 1956 erscheinenden Zeitschrift mit dem Titel „Innendekoration und Lederwaren“ behandelt. Die Fachzeitschrift ist ein Mittel zur fachlichen Qualifizierung aller Mitarbeiter und damit ein nicht zu unterschätzender Faktor zur Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne.

Es wird darum allen Werkleitungen erneut empfohlen, den Bezug von Fachzeitschriften in ihren Betrieben weitgehend zu propagieren.

Bestellungen können sofort bei der Redaktion

„Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift“

bzw. „Innendekoration und Lederwaren“

Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin NO 18, Am Friedrichshain 22, aufgegeben werden.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leihund. Nr. 12 35 v. 16. 12. 55

Bethe  
Stellvertretender Hauptverwaltungsleiter

Mitteilungen der Hauptverwaltung Holz- und Kulturwaren

**Sicherheitsbestimmungen bei Langholzentladungen vom Waggon**

**Allgemeines**

1. Der Waggon ist an der Entladestelle durch Gleisvorleger (doppelter Hemmschuh) oder Anziehen der Bremse beidseitig fest zu stellen. Das Vorlegen von Steinen, Holz oder sonstigen Gegenständen ist verboten.
2. Zum Entladen von Langholz dürfen nur gesunde, schnell reagierende und erfahrene Arbeitskräfte eingesetzt werden. Die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei diesen Arbeiten ist verboten.
3. Entladungen sind nur bei ausreichendem Tageslicht durchzuführen.
4. Beschäftigte, die überwiegend Entladearbeiten von Langholz verrichten, sind gem. Ges.BI. Nr. 61, Jahrgang 1955, ärztlich zu betreuen.
5. Bei Glätte oder schlüpfrigem Boden ist der gesamte Arbeitsplatz abzustumpfen (Sand). Den Beschäftigten sind Arbeitsschutzschuhe mit Ledersohle zur Verfügung zu stellen. Der Arbeitsplatz muß stolperfrei sein und frei von Gegenständen, die den Beschäftigten beim Ausweichen im Falle einer Gefahr behindern.
6. Das Heraus schlagen von Sicherungsbolzen und Steckrungen darf nur mit geeignetem Hammer, nicht Axt (Beil) durchgeführt werden.
7. An Kantringen oder Haken müssen die eingreifenden Spitzen scharf sein.

**Handentladungen von H-Wagen**

1. Der Zustand der Ladung Langholz sowie der Spannkette, Runge und Sicherungsbolzen, muß vor den Entladearbeiten vom Aufsichtführenden (Brigadier oder Meister) geprüft werden.
2. Die zur Entladung bestimmten Beschäftigten werden vom Brigadier beauftragt, auf der Entladeseite Ladeblüme anzubringen und diese sicher zu befestigen. Die Ladeblüme müssen die Tragfähigkeit für den schwersten Stamm der Ladung besitzen.
3. Werden bei Durchführung des Punkt 1 Mängel an der Ladung sowie Waggon (Ketten, Bolzen, Runge) festgestellt, sind um die Ladung Sicherungsketten zu legen, die sich von der entgegengesetzten Seite der Entladerichtung öffnen lassen.
4. Der Hebelkettenspanner wird geöffnet und der Spannkettenspanner eingesetzt. Das Spannschloß ist anzudrehen bis die Spannkette gespannt ist. Die Zugseile sind auf der der Entladeseite gegenüberliegenden Seite so anzubringen, daß ein ungewolltes Betätigen der Zugseile nicht möglich ist.
5. Die Sicherungsbolzen werden auf der Entladeseite aus den Kipprungen entfernt.
6. Nachdem der Aufsichtführende sich überzeugt hat, daß keine Person sich auf der Entladeseite aufhält, gibt er das Zeichen zum Aufziehen der Spannkettenspanner.
7. Das Aufsetzen des Spannkettenspanners, Entfernen der Sicherungsbolzen und Aufziehen der Spannkettenspanner müssen von ein und derselben Person durchgeführt werden.
8. Ist eine Kipprunge nicht gefallen, so ist diese von der entgegengesetzten Seite der Entladung mit einer Hilfsvorrichtung (Stange) zu Fall zu bringen.
9. Die nicht von selbst abgerollten Stämme der Ladung werden mit Kantringen oder Haken abgerollt. Die Beschäftigten stehen hierbei an der Stirnseite der Ladung.

10. Muß die Ladung nach dem Öffnen der Runge betreten werden, so sind die Stämme gegen ein unbeabsichtigtes Abrollen mit Ketten oder Klammern zu sichern.

11. Sicherungsketten sind um die Ladung zu legen, wenn die Entladeseite betreten werden muß, um die abgerollten Stämme auf der Polter weiterzutransportieren.

**Handentladung von S-, SS-, SSL-, SSK-, SSKW-Wagen**

(Eiserne Steck- und Kipprungen)

1. Der Zustand der Ladung Langholz sowie der Spannkette, Runge und Sicherungsbolzen muß vor den Entladearbeiten von dem Aufsichtführenden geprüft werden.
2. Die zur Entladung bestimmten Beschäftigten werden vom Aufsichtführenden beauftragt, von der Entladeseite Ladeblüme anzubringen und diese sicher zu befestigen. Die Ladeblüme müssen die Tragfähigkeit für den schwersten Stamm der Ladung besitzen.
3. Wenn die gesamte Ladung Langholz aus gleichen Stämmen besteht, stimmt der Aufsichtführende, wieviel Spannkettenspanner und eingesetztem Spannkettenspanner zu versehen. Befinden sich in der Ladung kürzere Stämme, so bestimmt der Aufsichtführende, wieviel Spannkettenspanner mit Öffner angebracht werden müssen.
4. Die Sicherungsbolzen der Runge sind zu entfernen und die nicht mit Spannkettenspanner versehenen Runge vorsichtig umzukippen.
5. Diejenigen Beschäftigten, die die Arbeit der Punkte 3 und 4 durchgeführt haben, müssen auf der der Entladung gegenüberliegenden Seite durch Ziehen des Zugseiles den Spannkettenspanner öffnen und dadurch die Endrungen umklappen.
6. Das Heraus schlagen von Sicherungsbolzen und Steckrungen darf nur mit geeignetem Hammer (nicht Axt oder Beil) durchgeführt werden.

**S-Wagen mit eisernen Steckrungen**

1. Die Ladung wird durch Ketten mit eingehängtem Spannkettenspanner gesichert. Die Sicherungsketten müssen fest an der Ladung anliegen. Wieviel Spannkettenspanner angebracht werden müssen, bestimmt der Aufsichtführende.
2. Sämtliche Steckrungen sind mit der nötigen Vorsicht zu entfernen.
3. Die Beschäftigten, die Spannkettenspanner und Öffner angebracht haben und die Runge entfernen, müssen auf der gegenüberliegenden Seite der Entladung durch Ziehen der Zugseile die Spannkettenspanner öffnen. Vor dem Öffnen hat sich der Aufsichtführende zu überzeugen, daß sich keine Person auf der Entladeseite aufhält.
4. Muß die Ladung nach dem Öffnen der Spannkettenspanner betreten werden, so sind die Stämme gegen ein unbeabsichtigtes Abrollen erneut mit Ketten zu sichern.
5. Dasselbe trifft zu, wenn die Entladeseite betreten werden muß, um die abgerollten Stämme auf der Polter weiterzutransportieren.

**Handentladung von R-, RM-, RMM- und RY-Wagen (Hölzerne Steckrungen)**

Siehe Punkte 9-12 S-Wagen

**Kran-Entladung von H-, R- und S-Wagen  
Allgemein**

1. Für Krananlagen ist die ASB 906 und für Anschlagmittel die Grundsätze für den Bau und Betrieb und die Prüfung von Hebezeugen und Anschlagmittel zu beachten.
2. Die Tragfähigkeit muß an der Krananlage sichtbar angebracht sein.
3. Schadhafte Ketten und Anschlagmittel dürfen für die Entladearbeiten nicht benutzt werden.
4. An der Entladestelle müssen Warnschilder aufgestellt sein mit dem Hinweis:  
„Aufenthalt unter der schwebenden Last verboten!“
5. Beim Entladen von Langholz im Kranverkehr gelten die Zeichen der im § 3, Anl. 3 der ASB 906 vom 1. August 1954 festgelegten Signale. Eine Verständigung durch Zuruf ist verboten.
6. Den Anschlägern sind Lederhandschuhe auszuhändigen.
7. siehe Punkt 2 — Allgemeines — H-Wagen.
8. siehe ASB 115, § 28, 1.
9. Die Anschlagketten oder Seile sind so um die Ladung zu legen, daß diese beim Anheben waagrecht liegt. Erst dann sind die Spannketten des Waggons zu öffnen.
10. Die Sicherungsbolzen sind mit einem Hammer zu entfernen und die Kipprungen (Steckungen) vorsichtig umzukippen.
11. Vor dem Anheben der Last ist von sämtlichen Personen die Ladung zu verlassen und der Aufsichtführende oder Anschläger gibt, nachdem er sich überzeugt hat, daß auf der Entladeseite sich keine Personen befinden, das Zeichen zum Anheben und Wegfahren der Last.
12. Der auf dem Lagerplatz Beauftragte gibt das Zeichen zum Senken und Ablegen der Last.
13. Die Aufsichtsperson muß eine ständige Kontrolle durchführen, daß der Kran und die Anschlagmittel nicht überlastet werden.
14. Wird die Ladung nicht geschlossen entladen, dürfen die Kipp- oder Steckungen am Waggon nicht entfernt werden.

**Langholmentladung vom Waggon mit einer Seilwinde  
Allgemeines**

1. Winden müssen vor Inbetriebnahme dem § 29 der „Grundsätze für den Bau, den Betrieb und die Prüfung von Hebezeugen und Anschlagmitteln“ entsprechen.
2. Den Anschlägern sind Lederhandschuhe zur Verfügung zu stellen.
3. Um ein Rosten der Seile zu verhindern, sind diese mit Vaseline, notfalls Maschinenöl, zu schmieren. Ein Einschmieren mit Staufferfett ist untersagt.
4. Dem Aufsichtführenden muß die Höchstlast der Seile bekannt sein, und dieser hat dafür zu sorgen, daß eine Überlastung nicht vorkommt.
5. Werden im Seil Bruchnester festgestellt, so ist entsprechend der Querschnittsverminderung auch die Belastung herabzusetzen. Die Seile sind auszuwechseln, wenn auf die Länge eines 30fachen Seildurchmessers mehr als 1090 Einzeldrahtbrüche festgestellt werden.

**Entladung mit Winde**

1. Der Waggon ist durch Gleibvorleger oder Bremsen in beiden Fahrtrichtungen fest zu stellen.
2. Der Aufsichtshabende ordnet das Anlegen der Ladebäume an. Diese müssen gegen Verrutschen am Waggon befestigt werden.

3. Das Entfernen der Sicherungsbolzen und Rungen hat nach den bestehenden Vorschriften für H-, S- und R-Wagen zu geschehen.
4. Bevor die Winde benutzt wird, überzeugt sich der Aufsichtführende, ob die Verankerung in Ordnung ist.
5. Die Winde darf nur von Personen bedient werden, die von der Betriebsleitung dazu bestimmt sind.
6. Die Stämme oder Stammbündel dürfen nur mit doppeltem Seilzug gezogen werden. Die Höchstlast des Zugseiles ist dabei zu berücksichtigen.
7. Bevor der Aufsichtführende das Zeichen zum Anziehen der Winde gibt, überzeugt er sich, das im Zugbereich sich keine Person befindet.
8. Die Anschläger dürfen nur in Schuhen mit Leder- sohle arbeiten.
9. Die Stämme der Ladung sind nur von der Stirnseite der Ladung zu umschlingen. Die Ladung darf ungesichert nicht betreten werden.

**Langholmentladung vom Waggon auf einen Anhänger  
Allgemeines**

1. Bevor der Anhänger an den Waggon gezogen wird, sind die Rungen des Anhängers an der Beladeseite herunterzuklappen.
2. Der Vorder- und Hinterwagen ist in beiden Fahrtrichtungen festzulegen. Die Zugmaschine ist abzukuppeln.
3. Zwischen der Ladung und dem Anhänger sind Ladebäume befestigt anzubringen. Außerdem ist gegen ein seitliches Wegrutschen des Anhängers dieser mit Ketten oder Seilen mit dem Waggon zu verbinden.
4. Das Entfernen der Sicherungsbolzen und Rungen hat nach den bestehenden Vorschriften für S-, R- und H-Wagen zu erfolgen.
5. Die Benutzung der Rungen als Ladebäume ist untersagt.
6. Werden die Stämme mit der Zugmaschine aufgeladen, so ist der doppelte Seilzug zu verwenden.
7. Ist der Anhänger fertig beladen, so sind bei angezogenem Seil durch die Zugmaschine die Rungen des Anhängers zu schließen.
8. Erfolgt eine Handbeladung oder durch Zugmaschine, so müssen die einzelnen Lagen durch Ketten oder Holzkette gegen unbeabsichtigtes Abrollen gesichert werden, erst dann sind die Kipprungen hochzuklappen.

Verz. u. Mtzg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 35 v. 15. 12. 30

**Technische Forderungen an Holzbearbeitungsmaschinen**

**1. Tischkreissägen**

- Tisch- bzw. Sägewelle vertikal verstellbar.
- Spaltkeil horizontal und vertikal leicht verstellbar, mit Sicherung gegen Herausschleudern.
- Schutzhaube muß der Größe des Sägeblattes entsprechen.
- Verkleidung des Sägeblattes unterhalb des Tisches.
- Entsprechend der Größe und Stärke des jeweilig verwendeten Sägeblattes ist der dazu passende Spaltkeil anzubringen; Stärke des Spaltkeiles  $\frac{1}{2}$  mm schwächer als geschränktes Blatt, Stellung des Spaltkeiles höchstens 1 cm vom Blatt entfernt, seine höchste Stelle (Spitze) nicht unter dem Zahngrund des obersten Zahnes.
- Schiebestock.

**2. Kreissäge mit automatischem Vorschub**

- Zwei hintereinanderliegende Pack- und Lagsicherungen, getrennt abhebbar. Größe der Rückschlagsicherung maximale Arbeitsbreite, Stärke der einzelnen

Glieder höchstens 10 mm, leicht pendelnd, eng aneinander anliegend, gegen Durchpendeln gesichert. Betätigung der Anhebevorrichtung mittels Handrädler (geschlossen und geriffelt, nicht feststellbar). Seitlicher Splitterfang.

**3. Pendelsägen**

Sägeblatt durch Schutzhaube bis größtmögliche Schmitzhöhe verkleiden. In Ruhestellung seitliche Verkleidung des Sägeblattes, selbsttätiges Zurückkehren des Sägeblattes in Ruhestellung und Festhaltevorrichtung, Ausschlagbegrenzung bis vorderen Tischrand. Bei Gegengewichte Sicherung derselben durch Schraube und Splint. Treibriemen abdecken. Pendelsäge mit unterem Drehpunkt: Schutzhaube von oben, Fußhebel muß gegen unbeabsichtigte Betätigung gesichert sein.

**4. Bandsäge**

Alle nicht im Schnitt befindlichen Teile des Sägeblattes sind zu verkleiden; oberes und unteres Bandsägenrad sind beiderseitig zu verkleiden. Die obere Blattführung muß auch bei laufender Maschine gefahrlos verstellt werden können. Der zum Schnitt benötigte Teil des Sägeblattes ist nach Abschaltung der Maschine durch einen Schieber zu verdecken.

**5. Starrfräsmaschine**

Anschlaglineale mit verstellbaren Hälften; seitliche und obere Abdeckung der hinter dem Anschlaglineal liegenden Werkzeuge. Je nach Arbeitsvorgang sind zu verwenden: Anlauf- und Schutzringe verschiedener Größen oder Schutzkörbe, Handabweiser, Druckvorrichtungen, Einsätze zur Überbrückung der Anschlaghälften, Fräsdorne nur ab 16 mm. Ein Oberlager ist erforderlich beim Arbeiten mit schweren Fräswerkzeugen, Schlitzwerkzeugen, Hobelköpfen und dgl. sowie beim Arbeiten mit langem Fräsdorn oder dann, wenn die obere Schnittkante des Werkzeuges höher als 10 cm über der Frästischplatte liegt. Um den Handvorschub überwiegend umzuschalten, ist ein Vorschubautomat zu benutzen.

**6. Kettenfräsen**

Vordere und seitliche Verkleidung der Fräskette durch Schutzhaube. Ortsfeste Kettenfräsen müssen so beschaffen sein, daß die Fräskette in ihrer Ruhestellung selbsttätig stillgesetzt wird.

**7. Oberfräse**

Schwenkbarer Abweissbügel oder Schutzkorb, welcher jederzeit die nicht im Schnitt befindlichen Teile des Fräswerkzeuges abdeckt.

**8. Abrichte**

Vordere Messerwellenabdeckung als Jalousie- oder Klappenschutz, bei letzterem größte Gliederbreite 40 mm; die hintere Messerwellenabdeckung ist mit dem Anschlaglineal zu verbinden.

Am Anschlaglineal dürfen Führungs- und obere Fläche nicht unterbrochen sein.

Runde Messerwellen (geschlossene Sicherheitswellen); unbeschädigte Tischlippen, die bis an den Messerfluggkreis heranzuführen sind. Höchstumdrehungszahl muß auf Messerwelle eingeschlagen sein.

**9. Dickenhobelmaschine**

Rückschlagsicherung mit nicht mehr als 15 mm breiten Gliedern; gegen Durchpendeln gesichert, selbsttätiges Zurückfallen. Die Glieder dürfen nicht durch eine Feststell- oder Hochstellvorrichtung dauernd außer Wirkung gesetzt werden können. Die Schutzhauben (Deckel) müssen soweit wie möglich vorgezogen sein, mindestens aber in waagerechter

Richtung, mindestens 15 cm über den Messerfluggkreis und Wellenlagerungen und seitlich geschlossen sein.

**10. Bandschleifmaschinen**

Nur geschlossene Antriebmotor verwenden. Gesonderte Staubabsaugung und -lagerung. Bandrollen und oberes Schleifband verkleiden. Tischbegrenzung.

**11. Tellerschleifmaschine**

Unbeschädigte, dicht herangeführte Auflage. Einwandfreie Sprenganlage (trem Gulösen) mit versenkten Schrauben. Gesonderte Staubabsaugung und -lagerung.

**12. Zapfenschneid- und Schlitzmaschine**

Abdeckung aller Schneid- und Schlitzwerkzeuge. Am Schlitten Berührungsschutz (Handschutz) gegen Werkzeuge.

**13. Bohrmaschinen**

Versenkte oder verdeckte Spannschrauben an Spannvorrichtungen. Mehrspindelmaschinen, bei denen die Spindeln einzeln benutzt werden, müssen Fußausschalter haben, die von jedem Arbeitsstand aus leicht erreichbar sind. Ferner ist ein durchgehender, in seiner Höhe verstellbarer Gitterschutz anzubringen.

**14. Leimauftragmaschine**

Ausrückvorrichtung von jeder Arbeitsstelle der Maschine erreichbar. Schutzvorrichtungen vor den Einlaufstellen von Einzugswalzen. Reinigung bei geöffneten Walzen nur von der Anstreichseite.

**15. Furnierpaketschere**

Einmannbedienung: Zweihand-einrückung. Mehrpersonenbedienung: Schutzgitter, welches erst in unterster Stellung die Bewegung des Messers freigibt.

**16. Furnierklipper**

Schutzvorrichtung (Handabweiser) vor und hinter dem Messer.

**17. Arbeitsmaschinen mit zusammengesetzten Werkzeugen**

Auf dem Werkzeugträger (z. B. für Abplattköpfe, Schlitzscheiben, Falz- und Hobelköpfe, Hobelmesserwellen, Schältscheiben usw.) müssen eingeschlagen sein:

- zulässige Umdrehungszahl,
- höchstzulässiges Messergewicht,
- höchstzulässiger Messerfluggkreis,
- Fabrikzeichen.

Auf dem Messer muß die Mindestspannlänge angegeben sein.

Zusammengesetzte Werkzeuge, die vor Inkrafttreten dieser Bestimmung in Betrieb genommen wurden und keine Angaben über die zulässige Umdrehungszahl tragen, dürfen höchstens mit 4000 Umdrehungen je Minute betrieben werden; die Umfangsgeschwindigkeit darf jedoch 40 m sek. nicht übersteigen.

**18. An Arbeitsmaschinen weiterhin erforderliche Schutzvorrichtungen:**

Schwungräder, Riemenscheiben und schnellaufende Speichenräder sind zu umkleiden oder zu umwehren. Wellen, Wellenenden und ähnliche sich drehende Teile sind durch feststehende Schutzkappen oder andere geeignete Schutzvorrichtungen zu verkleiden. Wellenenden bedürfen einer Verkleidung, wenn sie um mehr als  $\frac{1}{4}$  ihres Durchmessers hervorstehen.

Glatte Wellenenden unter 3 cm Länge, die durch innere Verkleidung, sind jedoch abzurunden.

Innengewinde sind zu sichern.

Sich dicht über dem Fußboden bewegende Abflüsselemente sind mit einem Berührungsschutz zu versehen.

Schnur- und Riemenantriebe in Augenhöhe sind durch Schutzverkleidungen zu sichern.

Verkleidungen, Umwehungen usw. müssen so beschaffen sein, daß ein Hindurchgreifen unmöglich ist.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 35 v. 16. 12. 55

#### Bildung von Versuchsbetrieben

Berlin, den 7. November 1955

Im Plan der Maßnahmen über die Förderung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts ist für den Bereich der HV Holz und Kulturwaren die Bildung von 2 Versuchsbetrieben vorgesehen, die ab 1. Januar 1956 als finanzplangebundene und selbständig wirtschaftende Einheiten ihre Arbeit aufnehmen.

#### 1. VEB Versuchsbetrieb für Faserbaustoffe Langenhennersdorf (Sa.)

**Aufgaben:** Entwicklung und Erprobung des Herstellverfahrens klein- und großflächiger Glakresit-

platten und Glasfasern in flacher und gewölbter Form, unter Verwendung von Glasfasern und anderen hochfesten Fasern mit Bindemitteln. Entwicklung von hochleistungsfähiger Faserstoffkörper auf organischer Basis bis zur Nullserie.

Übergabe angewandter neuer Technologien an die Produktionsbetriebe.

**Leiter:** Nationalpreisträger Oetring Koll. Schallenberg.

**Unterstellung:** Wirtschaftlich und organisatorisch der VVB IZL Holzverarbeitung in Leipzig unterstellt.

#### 2. VEB Versuchsbetrieb für die Industrialisierung der Möbelproduktion Niedersiedlitz bei Dresden.

**Aufgaben:** Schaffung produktions technischer Voraussetzungen zur industriellen Fertigung neuer Möbelmodelle und Erprobung neuentwickelter Verfahren und Einrichtungen.

**Leiter:** Kollege Klein.

**Unterstellung:** Wirtschaftlich und organisatorisch der VVB IZL Möbel in Halle unterstellt.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 35 v. 16. 12. 55

Könitzer  
Hauptverwaltungsleiter

### Mitteilungen der Hauptverwaltung Polygraphische Industrie

#### Berechnung der Großhandelspreise

Berlin, den 11. November 1955

Die in den Verfügungen und Mitteilungen Nr. 11, Seite 236, vom 22. Oktober 1955 bekanntgegebenen Großhandelspreisen gelten nicht für die Handelswaren des graphischen Bedarfs. Hierfür behalten die von den jeweilig zuständigen Fachministerien festgesetzten Handelspreisen ihre Gültigkeit.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 35 v. 16. 12. 55

#### Richtlinie für die Arbeit in den Betrieben der graphischen Industrie nach Wiedereinführung der Kontingentierung graphischer Erzeugnisse

1. Mit Sonderdruck Nr. 90 des Gesetzblattes der Deutschen Demokratischen Republik, Anlage 1 zur 2. Anordnung, zur Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1956, Teil 1, wird die Einführung der Kontingentierung für folgende graphische Erzeugnisse angeordnet:

- 36 11 200/300 Zeitschriften, Bogen und Rollen
- 36 12 000 Bücher- und Broschürendruck
- 36 13 100 Industrie- und Geschäftsdrucksachen
- 36 13 200 Drucksachen für Verwaltungen
- 36 13 300 Werbedrucksachen
- 36 14 000 Kunstdruck
- 36 20 000 Sonstiger Druck

2. Die Kontingentierung erfolgt durch die im Sonderdruck 90 festgelegten Kontingenträger.

3. Ab 1. Januar 1956 ist die Herstellung von Druckergebnissen lt. Punkt 1 dieser Richtlinie untersagt, wenn nicht mit der Druckgenehmigung das Kontingent gleichzeitig vorliegt.

Bei nicht manuskriptpflichtigen Drucksachen erhält die Druckerei von ihrer zuständigen Druckgenehmigungsstelle mit der Druckgenehmigung das Kontingent (M 593 c).

Bei manuskriptpflichtigen Drucksachen erhält die Druckerei mit dem genehmigten Manuskript vom Auftraggeber das Kontingent M 593 c.

Bei Exportaufträgen gilt der E. A., der als Regierauftrag gekennzeichnet ist, gleichzeitig als Kontingentnachweis.

4. Als Arbeitsmittel für die Kontingentierung gilt auf der Betriebsebene der Vordruck M 593 c.

5. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß es nicht gestattet ist, Papier oder Karton, die als Hilfsmaterial den Bedarfsträgern kontingentmäßig zugewiesen wurden, graphischen oder papierverarbeitenden Betrieben zur Lohnverarbeitung zu übergeben. Das gleiche gilt für körperliche Übergaben von Papier und Karton.

6. Alle Buch-, Postkarten- und Kunstverlage sowie alle Zeitschriftenverlage, die aus Produktionsaufträgen, die bis Jahresende 1955 nicht fertiggestellt wurden, Auslieferungen erhalten, die zeitlich nach dem 1. Januar 1956 erfolgen, haben diese als Produktion im Plan 1956 abzurechnen und durch Kontingente 1956 abzudecken.

Dieser Anordnung unterliegen nicht die bis zum Jahresende 1955 ausgedruckten Bogen von Aufträgen, deren endgültige Fertigstellung erst im Planjahr 1956 erfolgt. Die bis Jahresende ausgedruckten Bogen werden noch gegen Verbrauchskontingent 1955 abgerechnet.

Druckerzeugnisse, für die 1955 bereits die Druckgenehmigung erteilt wurde, deren Herstellung aber erst im Jahre 1956 erfolgt, müssen gleichfalls mit Kontingenten, die von der die Druckgenehmigungen erteilenden Stelle nachzureichen sind, gedeckt werden.

7. Alle Druckereien sind verpflichtet, folgende Planpositionen abzurechnen:

- a) Industrie- und Geschäftsdrucksachen
- b) Werbedrucksachen
- c) sonstiger Druck
- d) Dessindruck — rechtliche Argumente
- e) Dessindruck — 1. organisierte Arbeit
- f) Dessindruck — Packpapier

- 8 Die Abrechnung erfolgt auf Formblatt M 1. Die ausgefertigte Warenproduktion wird unter der Spalte abgerechnet, die die Bezeichnung der kontingentierenden Stelle trägt.  
(Zum Beispiel werden alle Aufträge, für die Druckgenehmigungen und Kontingente der Kreis- und Bezirksdruckgenehmigungsstellen vorliegen, unter dem entsprechenden Bezirk abgerechnet. Sind die Druckgenehmigungen, Lizenzen und Kontingente vom Amt für Literatur und Verlagswesen ausgestellt, erfolgt die Abrechnung unter Kontingenträger ZVO — entsprechend Sonderdruck Nr. 90.)
- 9 Die Abrechnung M 1 ist vierteljährlich, 5 Tage nach Quartalsende, von allen meldepflichtigen Betrieben abzugeben. Die Formblätter M 1 werden von folgenden Verwaltungen zur M 2 verdichtet:
- a) Die zentral gesteuerte volkseigene Industrie: an die IZL Druck, Leipzig
  - b) Alle organisations-eigenen Druckereien: an ihre zuständige VOB
  - c) Alle Betriebe der örtlichen volkseigenen graphischen Industrie: an die Räte der Kreise, Abteilung örtliche Wirtschaft

- d) Hochdruck- und sonstigen Betriebe: an die Druckhandwerks-gewerkschaften
- e) Private Industrie-betriebe: an die Bezirksdrucktra-gen (mit Industrie- und Handels-Kammern)
- f) Betriebe der Kossam-Zemossenschaften: an das Ministerium für Leichtindustrie, HV Poly-graphische Industrie, Ab-teilung Absatz
- g) Graphische Betriebe der Akademie der Wissenschaften: an das Ministerium für Leichtindustrie, HV Poly-graphische Industrie, Ab-teilung Absatz
- h) DWD: an das Ministerium für Leichtindustrie, HV Poly-graphische Industrie, Ab-teilung Absatz

Die unter dem letzten Punkt genannten zusammenfassenden Dienststellen reichen die M 2 an die HV Poly-graphische Industrie, Abteilung Absatz, 14 Tage nach Quartalschluß ein.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 13 55 v. 15. 12. 55

Leitel  
Hauptverwaltungsleiter

**Handbuch des Allgemeinen Vertragsystems**

Herausgegeben vom Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik  
**Losblattsammlung**  
DIN A 5 — 1000 Seiten — Preis einschl. Ordner 15,80 DM  
Nachtragslieferung je Blatt 4 Pf

Das Werk enthält alle gesetzlichen Bestimmungen des Allgemeinen Vertragsystems und die mit diesem in Zusammenhang stehenden Beschlüsse, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, der Fachministerien und Staatssekretariate, der Staatlichen Plankommission und des Staatlichen Komitees für Materialversorgung, des Magistrats von Groß-Berlin und des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften. Sämtliche Allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Verträgen, Allgemeinen Lieferbedingungen und Muster-verträge sind mit aufgenommen worden.

**Die Aufgaben des Hauptbuchhalters in der volkseigenen Wirtschaft**

Der Kommentar, der als Broschüre vom Verlag „Die Wirtschaft“ herausgegeben wurde und demnächst in zweiter Auflage erscheint, enthält ausführliche Erläuterungen zu der in der vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 17. Februar 1955 beschlossenen Verordnung über die Stellung des Hauptbuchhalters in den Betrieben der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft. Es wird ausführlich Stellung genommen zu den in der Diskussion über die Hauptbuchhalterverordnung aufgetretenen Argumenten.

Der Kommentar ist ein Hilfsmittel, auf das nicht nur der Hauptbuchhalter, sondern auch seine Mitarbeiter in ihrer täglichen Arbeit häufig zurückgreifen werden. Auf Grund seiner Ausführlichkeit besitzt der Kommentar nicht nur für die Mitarbeiter des Rechnungswesens, sondern für alle führenden Wirtschaftsfunktionäre des Betriebes große Bedeutung.

Hans Böhm, Hans Eckardt und Paul Weyl

**Die industrielle Buchbinderei  
Fertigungstechnik und Maschinenkunde**

279 Seiten mit 542 Bildern. DIN C 5. Hlw. 25 DM

Aus dem Inhalt: Fertigungstechnik: Die Bearbeitung der Druckbogen, Das Vorrichten, Die Broschürenherstellung, Die Buchblockbearbeitung, Die Deckenherstellung, Die Fertigmacherei, Maschinenkunde: Schneidemaschinen, Stanzmaschinen, Falzmaschinen, Drahtheftmaschinen, Klebemaschinen, Zusammentragmaschinen, Fadentheftmaschinen, Klebebindemaschinen, Buchblockbearbeitungsmaschinen, Deckenherstellungsmaschinen, Maschinen zum Einhängen der Bücher, Pressen.

Im vorliegenden Fachbuch wird die Fertigungstechnik der industriellen Buchbinderei bei Anwendung modernster Apparate und Maschinen erläutert. Ein Kapitel über Maschinenkunde enthält genaue Beschreibungen vom Aufbau und Arbeitsweise der gebräuchlichsten Buchbindereimaschinen. Erst die Kenntnis aller Fertigungsvorgänge in Verbindung mit den entsprechenden Apparaturen befähigt den Facharbeiter, auch bei der industriellen Herstellung von Bucheinbänden hochwertige Arbeit zu leisten.

Hermann Walter Kaden

**Kartographie**

Ein praktischer Leitfaden

204 Seiten mit 143 Bildern und 31 mehrfarbigen Karten.  
DIN C 5. Hlw. 36 DM.

Aus dem Inhalt: Aus der Geschichte der Kartographie, Geographie und Kartographie, Die Landkarte, Der Kartograph, Der Kartolithograph, Der Landkartenzeichner, Maßstab der Karte, Die Kartenzeichen, Die in der Karte verwendeten Schriftarten, Die Projektionen, Das Wenschow-Verfahren, Umdruck und Auflagensteindruck, Das moderne Kopierverfahren und der Offsetdruck, Herstellungskosten.

Das Entwerfen und Bearbeiten von Landkarten, Atlanten und Stadtplänen verlangt vom Ausführenden wissenschaftliche und technische Kenntnisse, aber auch ästhetisches Empfinden. Vorliegendes Werk führt den Leser in die historischen Arbeitsweisen und Anwendungsgebiete der Kartographie ein. Es ist durchaus nicht nur für den Fachmann wissenswert, wie und warum bei den Völkern im Altertum das Verlangen aufkam, sich über die nähere und weitere Umgebung zu orientieren. Mit den damaligen technischen Hilfsmitteln wurden die erworbenen Kenntnisse über den Verlauf der Wege, Flüsse und Gebirge auf Wachs und Metallplatten, Häuten, Stoffen usw. festgehalten. Dem steigenden Bedürfnis nach genauer Aufzeichnung folgend, wurden neue Techniken entwickelt, die sich in unseren heutigen Landkarten und Atlanten widerspiegeln. Der Autor beschreibt die verschiedenen Arbeitsweisen zum Herstellen kartographischer Erzeugnisse und leitet den Leser an Hand zahlreicher Bilder an, zu einem eigenen Urteil über die künstlerische Gestaltung von Landkarten zu gelangen.

Prof. W. W. Puskow und N. M. Gorkina  
**Fotomechanische Prozesse in der Chemigrafie**  
Übersetzungen aus dem Russischen  
231 Seiten mit 42 teils farbigen Bildern DIN C 5. Hlw.  
19,50 DM

Aus dem Inhalt: Die allgemeine Fotografie; Die Rolle der Fotografie in der grafischen Technik; Die Entstehung des fotografischen Bildes; Der Negativprozeß; Der Positivprozeß; Die Sensitometrie; Die Reproduktionsfotografie; Einrichtung für die Reproduktionsaufnahme; Anfertigung des Strichnegativs; Reproduktion von Halbtonoriginalen; Die Herstellung des Zinkklischees; Kopieren; Ätzen des Klischees; Probedruck; Die Reproduktion mehrfarbiger Originale.

Das Buch gibt dem deutschen Leser einen Überblick über die Entwicklung der fotomechanischen Verfahren in der Sowjetunion. Es erfaßt eine Fülle wertvoller Betriebserfahrungen. Besonders beachtenswert sind die genauen Angaben von Rezepturen, die bislang in keinem der vorliegenden Fachbücher aufgeführt worden sind.

Verwaltungsvorpost

Nur für den Dienstgebrauch!

# Verfügungen und Mitteilungen

## des Ministeriums für Leichtindustrie

1955	Sonderdruck	Nr. 14
------	-------------	--------

### An die Werktätigen der Leichtindustrie

Die Werktätigen des Ministeriums für Leichtindustrie haben ein Jahr harter und angestrengter Arbeit hinter sich. Das Jahr 1955, das letzte unseres ersten großen Fünfjahresplanes, brachte aber zugleich unseren Werktätigen politische und ökonomische Erfolge. Davon zeugen die Leipziger Messen im Frühjahr und Herbst 1955, die Ergebnisse der Messen im befreundeten und kapitalistischen Ausland, davon zeugen die immer besseren Produkte unserer Leichtindustrie, die der Bevölkerung zum Kauf angeboten werden, und die Ergebnisse der Bewegung für höhere Rentabilität und des Wilhelm-Pieck-Aufgebotes.

Diese Leistungen aller Werktätigen der volkseigenen zentralgeleiteten Leichtindustrie beweisen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten, Meister und Werkleiter, die Wissenschaftler, die technische und kaufmännische Intelligenz in unserer Deutschen Demokratischen Republik, die sie beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus mit ihrer vollen Kraft unterstützen, das Fundament eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands sehen, daß sie fest auf der Seite unseres souveränen Arbeiter- und Bauernstaates stehen, dem die Zukunft in Deutschland gehört.

Den vielen unermüdlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Leichtindustrie danke ich heute für ihren Fleiß, für ihren Einsatz und für die Ergebnisse ihrer Arbeit.

Das Jahr 1955 hat uns allen aber auch neben den Erfolgen viele neue Erfahrungen für unsere zukünftige Arbeit und ihre Verbesserung gebracht. So gehen wir im Besitze der Erfahrungen und Lehren des 25. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und mit unseren eigenen Erfahrungen gut gerüstet in das Jahr 1956, das erste Jahr unseres zweiten Fünfjahresplanes, der uns vor neue, große Aufgaben in der Leichtindustrie stellt.

Es gilt, unsere Deutsche Demokratische Republik so zu festigen und zu stärken, daß unser Kampf um die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands in seiner Wirksamkeit vervielfacht wird. Darum muß in allen Betrieben die politische Arbeit verbessert werden. Wir müssen unermüdlich darum bemüht sein, bei allen Kolleginnen und Kollegen darüber Klarheit zu schaffen, daß durch die begonnene Wiedererrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland die Sicherung des Friedens mit Hilfe des Abschlusses eines kollektiven Sicherheitsvertrages für die Völker Europas und insonderheit für unser deutsches Volk das erste und oberste Gebot geworden ist. Es geht darum, zu verstehen, daß die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten, die Einstellung des von Bonn betriebenen kalten Krieges, die Verständigung unter uns Deutschen mit dem Ziel der Ausmerzung des deutschen Militarismus und der Kräfte, die ihn zeugen und großziehen, der Monopole und der Junker, daß die Schaffung dieser äußeren und inneren Voraussetzungen für die demokratische Wiedervereinigung unseres Vaterlandes davon abhängt, in welchem Tempo es uns durch die Entfaltung unserer eigenen Kräfte gelingt, unsere Deutsche Demokratische Republik mit Hilfe des weiteren Aufbaues der Grundlagen des Sozialismus noch stärker zu machen, die Bereitschaft zur Verteidigung ihrer Errungenschaften zu erhöhen und die Freundschaft des ganzen deutschen Volkes zu den Völkern der Sowjetunion zu vertiefen.

Dabei — nämlich unsere Deutsche Demokratische Republik immer mehr zu einem anziehenden Beispiel eines sicheren, unentwegt steigenden Volkswohlstandes zu machen — hat die Leichtindustrie eine große Mission zu erfüllen.

Die Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie haben die große Aufgabe, die Waren zur Versorgung der Bevölkerung in ihrer Qualität und Modellgestaltung zu verbessern, reichhaltige Sortimente zu produzieren, die Verträge nach Menge, Frist, Güte und Sortimenten genauestens zu erfüllen, den Export zu steigern, die Selbstkosten zu senken und die Akkumulation und die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Um diese Ziele erreichen zu können, müssen wir den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt verstärkt in unseren Betrieben einführen, die Bewegung für höhere Rentabilität auf alle Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie ausdehnen, die Betriebskollektivverträge und mit ihnen engstens verbunden die Wettbewerbe zu dem Gesetz des Handelns in unseren Betrieben machen, das alle Werktätigen in den Kampf um die Planerfüllung einbezieht. Bessere Arbeit des Staatsapparates muß zur besseren Anleitung und Kontrolle der Betriebe führen.

**Kolleginnen und Kollegen!**

Große Aufgaben haben wir im kommenden Jahr zu erfüllen, Aufgaben, zu deren Bewältigung wir unsere ganze Kraft einsetzen müssen. Die Werktätigen der Leichtindustrie haben bewiesen, daß sie den festen Willen und die Möglichkeiten zur Lösung großer und schwieriger Aufgaben haben.

Deshalb gehen wir, gestützt auf die Kraft der Arbeitenden, der Bauern, der Soldaten, der Arbeiter, der Angehörigen der Intelligenz und der übrigen schaffenden Schichten, gestützt auf die Kraft unserer unverbrüchlichen Freundschaft mit dem Volk der Sowjetunion und der anderen demokratischen Völkern, ruhig, zuversichtlich und mit dem sicheren Bewußtsein kommender Siege in das Jahr 1956.

Meinen Dank an alle Werktätigen des Ministeriums für Leichtindustrie für die Teilnahme an der Arbeit der besten Arbeiter zum Jahreswechsel für das persönliche Wohl aller in unserer Leichtindustrie beschriebenen Kette, die ich mit Ihnen legen und mit der Aufforderung, die ganze Kraft einzusetzen für die Erreichung der besten Ergebnisse im sozialistischen Massenwettbewerb und im Wettbewerb zu Ehren der III. Parteikonferenz der SED, für die langfristige Erfüllung und Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1956, für Deutschland und den Frieden!

Dr. Ferdinand  
Minister für Leichtindustrie

## Hervorragender Wissenschaftler des Volkes

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, verlieh am 14. Dezember 1955 dem Leiter des Deutschen Lederinstituts,

*Herrn Prof. Dr. Fritz Stahler*

den Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“.

Herr Prof. Dr. Stahler erhielt diese hohe Auszeichnung anlässlich seiner 25jährigen Tätigkeit als Leiter des Deutschen Lederinstituts und für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Gerberlei-Chemie.

## Siegerbetriebe im Massenwettbewerb

III. Quartal

### Republikssieger:

VEB Textilveredlungswerke Gera  
VEB Lederwarenfabrik Freiberg  
VEB Zellstoffindustrie Gröditz

VEB Möbelindustrie Oelsa-Rabenau  
VEB Steingutwerk Torgau

### Gruppenieger:

VEB Baumwollspinnerei Flöha  
VEB Streichgarnspinnerei Kirchberg  
VEB Greizer Kammgarnweberei, Greiz  
VEB Pößnecker Volltuchwerke, Pößneck  
VEB Bunt- und Samtweberei Seiffhennersdorf  
VEB Plauener Spitze, Plauen  
VEB Segeltuchindustrie Meerane  
VEB Flachsröste Burg-Stargard  
VEB Eichsfelder Bekleidungswerke,  
Heiligenstadt  
VEB Cowitha-Feinstrumpfwerte,  
Thalheim (Ergeb.)  
VEB Wernesgrüner Wirkwarenfabrik,  
Wernesgrün (Vogl.)  
VEB Spezialpapierfabrik Niederschlag (Ergeb.)  
Druckerei Neues Deutschland, Berlin N 54  
Großdruckerei und Kartonagenwerk Gotha  
Verlag Tribüne des FDGB, Berlin-Treptow

VEB Holzkonstruktion, Erfurt  
VEB Erzgebirgische Möbel- und Spielwaren-  
fabrik, Niedersaida (Ergeb.)  
Absatzkontor für Holz- und Kulturwaren,  
Bezirk Schwerin  
VEB Imprägnierwerk Hubertusmühle,  
Finowfurt  
VEB Holzwerk und Parkettfabrik Wittenhagen  
VEB Lederfabrik „Hermann Matern“  
Wolmirstedt  
VEB Lederfaserwerk Siebenlehn (Sachs.)  
VEB Schmöllner Schuhfabrik, Schmölln (Thür.)  
VEB Vereinigte Filzfabriken, Zittau  
Deutsche Handelszentrale Leder und Kunst-  
leder, Niederlassung Berlin  
VEB Zitza-Werk Zeltz  
Glasfabrik Bärenhütte i. V., Weißwasser  
Flachglashütte Torgau i. V., Torgau

Nachträglich wurde der VEB Möbelfabrik Waltersdorf in der Fahngengruppe Möbel als Quartalsieger im II. Quartal 1955 ausgezeichnet.

**Dienstanweisung Nr. 4/55**

**Betr.: Anlauf des Volkswirtschaftsplanes 1956**

In der Direktive des Ministeriums für Leichtindustrie zum Volkswirtschaftsplan 1956 vom 28. Juli 1955 (vor-öffentlich in Verfügungen und Mitteilungen Nr. 3/55) ist die grundsätzliche Aufgabenstellung und Zielsetzung für das Planjahr 1956 festgelegt. Nachdem der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 3. Dezember 1955 die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1956 beschlossen hat, weise ich zur Vorbereitung und Durchführung der Planaufgaben im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie an:

1. Die Hauptverwaltungsleiter und Leiter der Industriezweigleitungen haben dafür zu sorgen, daß die staatlichen Planaufgaben für 1956 bis zum 20. Dezember 1955 den Betrieben übergeben werden.

Zur Sicherung einer exakten Differenzierung der Planaufgaben für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und für die Senkung der Selbstkosten kann dieser Termin durch die Hauptverwaltungsleiter im Bedarfsfall bis zum 31. Dezember 1955 verlängert werden.

Für die Einhaltung der festgelegten Termine und für die exakte Differenzierung der Planaufgaben sind die Verwaltungsleiter (bei D-Betrieben HV-Leiter) verantwortlich.

2. Auf der Grundlage der am 9. Dezember 1955 im Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie mit Leitern von Industriezweigleitungen und Betrieben durchgeführten Beratung der staatlichen Aufgaben haben die Verwaltungsleiter vor Weitergabe der staatlichen Aufgaben an die Betriebe Werkleiterbesprechungen durchzuführen, in denen sie die Schwerpunktaufgaben für das Jahr 1956 darlegen und den Werkleitern Aufträge zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben erteilen.

3. Die Übergabe der staatlichen Aufgaben an die Werkleiter hat in würdiger Form, entsprechend dem Beginn des 2. Fünfjahresplanes, zu erfolgen. Vor der Übergabe selbst sind nach Möglichkeit Informationen über etwaige Abweichungen zum vorher bekannten Stand der laufenden Planabstimmung den Betrieben zu geben. Die in vergangenen Planjahren häufige „Überraschung“ der Betriebe durch höhere Planaufgaben darf nicht eintreten.

Die staatlichen Aufgaben der Betriebe werden als „vertrauliche Dienstsache“ (VD) übergeben.

4. Alle Werkleiter sind verpflichtet, ihren Werksangehörigen die staatlichen Aufgaben zu erläutern. In Produktionsberatungen und ökonomischen Konferenzen sind Maßnahmen zur Durchführung der Betriebspläne zu beraten und festzulegen mit dem Ziel, die Planaufgaben auf die Abteilungen, Meisterbereiche und Brigaden aufzuteilen und den Operativplan für das nächste Quartal gründlich vorzubereiten. Diese Arbeiten sind von den Hauptverwaltungen und Verwaltungen durch einen organisierten Instrukteur-einsatz zu unterstützen. Die Planungsabteilungen haben den Instrukteuren die entsprechende Argumentation zu vermitteln.

Verantwortlich: Verwaltungsleiter, für D-Betriebe HV-Leiter

5. Alle Lieferungen und Leistungen des Investitionsplanes sind bis zum 31. Dezember 1955 von den Investitionsträgern vertraglich zu binden.

Es darf kein Investitionsvorhaben begonnen werden, für das kein bestätigtes Projekt vorliegt.

6. Entsprechend den Beschlüssen der Regierungskommissionen Arbeitskräfte, haben alle Werkleiter streng-

stens darauf zu achten, daß bis Ende 1956 keine früheren Betriebspläne in den Betrieben aufgestellt werden.

**Bericht über die Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 21. April 1955 zur Unterstützung der Bewegung zum Verzicht auf staatliche Zuschüsse und für die Erhöhung der sozialistischen Akkumulation**

**I. Entwicklung der Bewegung im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie, derzeitiger Stand der Verpflichtungen und der erreichten Ergebnisse.**

Die erste zentrale Konferenz im Bereich der Leichtindustrie, in deren Mittelpunkt die Beratung über die vorhandenen Mängel auf ökonomischem Gebiet — im besonderen in der Rentabilität der Betriebe — stand, wurde die Grundlage für die Entwicklung der Bewegung zur Erhöhung der Rentabilität in den Betrieben. Auf der ersten Konferenz am 22. April 1955 verpflichteten sich 5 Betriebe, im Jahr 1955 auf insgesamt 1288 TDM Staatszuschüsse zu verzichten. Bis zu der am 2. Juni 1955 stattgefundenen zweiten Konferenz verpflichteten sich weitere 15 Betriebe zu einer höheren Akkumulation von insgesamt 2159,3 TDM.

Der mobilisierende Charakter der ersten und zweiten Konferenz wirkte sich bis zum 30. Juni 1955 darin aus, daß zu diesem Zeitpunkt bereits 173 Betriebe ökonomische Konferenzen durchgeführt hatten mit einem Verpflichtungsergebnis von insgesamt 21 513 TDM.

Im III. Quartal 1955 wurden weitere Erfolge in der Vertiefung und Verbreiterung der Bewegung erzielt. So wurden bis zum 30. September 1955 in 351 Betrieben ökonomische Konferenzen und in weiteren 101 Betrieben ökonomische Beratungen durchgeführt. Zum gleichen Zeitpunkt waren 80 ökonomische Konferenzen in Vorbereitung. Die Verpflichtungen stiegen auf insgesamt 51 373,3 TDM.

Auch im Oktober 1955 sind weitere Erfolge zu verzeichnen. Die Anzahl der ökonomischen Konferenzen zum 31. Oktober 1955 beträgt nunmehr 392 mit einem Verpflichtungsergebnis von insgesamt 57 156,4 TDM. Diese Summe teilt sich nach folgenden Verpflichtungen auf:

Verzicht auf staatliche Zuschüsse	2 277,3 TDM
Übererfüllung der geplanten Akkumulation	27 665,6 TDM
Aufholung von Gewinnrückständen	22 529,2 TDM
Umlaufmittelinparungen	4 684,1 TDM

Damit wurden bis zum 31. Oktober 1955 48 % aller Betriebe der Leichtindustrie in ökonomischen Konferenzen ertaßt. Unter Einbeziehung der ökonomischen Beratungen wurden in 65 % der Betriebe die Probleme der Rentabilität besonders in den Vordergrund gerückt.

Aufgegliedert auf die Hauptverwaltungen ergibt sich folgendes Bild:

HV Textil	in 37,6 % aller Betriebe
HV Leder / Schuhe / Rauchwaren	in 68,7 % aller Betriebe
HV Holz u. Kulturwaren einschließlich ökonomischer Beratungen	in 84,5 % aller Betriebe
HV Polygraphische Ind.	in 30,3 % aller Betriebe
HV Glas und Keramik	in 69,6 % aller Betriebe

Bis zum 31. Oktober 1955 waren diese Verpflichtungen mit 55,1 % realisiert. In den einzelnen Hauptverwaltungen ist die Erfüllung der Verpflichtungen jedoch sehr unterschiedlich. So erfüllten die

HV Textil	mit 24,0 %
HV Leder / Schuhe / Rauchwaren	mit 38,3 %

HV Holz und Kulturwaren . . . . . mit 76,8 %  
HV Polygraphische Industrie . . . . . mit 175,2 %  
HV Glas und Keramik . . . . . mit 109,0 %

Diese Erfolge in der Vorbereitung und Durchführung der ökonomischen Konferenzen waren nur möglich durch den besonderen Einsatz der Wirtschaftsfunktionäre und die breite Mitarbeit der Werktätigen in den Betrieben.

Welche Möglichkeiten bei einer solchen Interessierung der Werktätigen zur Erhöhung der Rentabilität bestehen, zeigt das Beispiel im VEB Möbelindustrie Oelsa-Rabenau. Die Verpflichtungen dieses Betriebes betragen über 500 TDM zusätzliche Akkumulation, die bis zum Jahreschluß mit 600 TDM erfüllt werden. Wie war dieses Ergebnis möglich?

Die wichtigste einleitende Maßnahme war die Aktivierung des Vorschlags- und Erfindungswesens und eine konkrete Anleitung der Rationalisatorenbrigaden. Dazu erarbeiteten der technische Rat und das Leitungskollektiv Themenpläne, deren Schwerpunktaufgaben die Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Technologie, der Qualität der Erzeugnisse, die Produktionssteigerung, die Arbeitsproduktivität, die Einsparung von Material und Arbeitszeit und die Senkung der Unfall- und Krankenziffern beinhalteten. Die leitenden Wirtschaftsfunktionäre verpflichteten sich außerdem selbst zu wertvollen Verbesserungsvorschlägen. Durch schnelle Auswertung und Realisierung der Vorschläge, durch sofortige Prämierung und Veröffentlichung der besten Vorschläge in den Produktionsberatungen, Abteilungsbesprechungen und Rechenschaftslegungen sowie durch Aushang mit origineller Sichtwerbung wurde der Belegschaft ein ständiger Anreiz zur Beteiligung am Vorschlags- und Erfindungswesen gegeben. Bis zur dritten Etappe der ökonomischen Konferenz waren bereits 33 Vorschläge mit einem Jahresnutzen von 98 TDM abgegeben. In der weiteren Durchführung verpflichtete sich der technische Rat in Zusammenarbeit mit den Brigaden, den Arbeitsablauf in den jeweiligen Abteilungsbereichen zu überprüfen mit dem Ziel, ihn systematisch zu verbessern. Je einem Mitglied des technischen Rates wurde eine Rationalisatorenbrigade zugeteilt. Das Ergebnis war die Einreichung weiterer 127 brauchbarer Verbesserungsvorschläge. Darüber hinaus wurden alle finanziellen Möglichkeiten zum Einsatz des Direktorfonds und von Investitionskrediten ausgenutzt.

Um die Werktätigen an der Verminderung des Aufwandes von Arbeitszeit und Material und damit an der Erhöhung der Rentabilität zu interessieren, wurden regelmäßig Rentabilitätsbesprechungen mit den Meistern, Brigadiern und Aktivisten durchgeführt.

Die abgegebenen Verpflichtungen wurden in ihrem Terminablauf sorgfältig überwacht. Am Tage der Erfüllung einer Verpflichtung wurde den Beteiligten sofort die Anerkennung und der Dank am Arbeitsplatz ausgesprochen. Dadurch erhielten die beteiligten Kollegen die Gewißheit, daß ihre abgegebenen Verpflichtungen nicht in Vergessenheit geraten. Aus dieser Wechselwirkung ergab sich, daß aus Anlaß der ökonomischen Konferenz die Brigaden 25 Hochleistungsschichten zur Überwindung von Engpässen durchführten, an denen 291 Produktionsarbeiter beteiligt waren. 132 Produktionsarbeiter verpflichteten sich, nach der Shandarow-Siedkowa-Methode zu arbeiten. 17 Brigaden erhöhten ihr Tagessohl und damit ihren Brigadeplan freiwillig. An weiteren 17 Kollektivverpflichtungen sind 529 Produktionsarbeiter beteiligt.

Durch diese ideologische Aufklärung und Überzeugung fordern die Brigaden und Abteilungen selbst

die Durchführung sozialistischer Wettbewerbe und legen hierzu Vorschläge vor.

Neben der Erhöhung der Rentabilität dieser Betriebe seien Produktionspläne zum Jahreschluß um mindestens 600 TDM übererfüllt.

Solche Beispiele gibt es in vielen Betrieben, sie werden jedoch nicht allgemein angewendet. Die ohne Zweifel erreichten und oben dargestellten Erfolge können daher noch nicht befriedigen. In erster Linie ist dabei zu berücksichtigen, daß nur in 65 % der Betriebe ökonomische Konferenzen oder Beratungen durchgeführt wurden. Ein weiterer ernsthafter Mangel besteht darin, daß auch bis zum 31. Oktober 1955 noch 19 Verlustbetriebe im Bereich der Leichtindustrie keine ökonomische Konferenz durchgeführt haben, und zwar 8 verlustgeplante und 11 außerplanmäßige Verlustbetriebe.

Auch das finanzielle Ergebnis aus den Verpflichtungen anläßlich der ökonomischen Konferenzen kann nicht befriedigen, da es nicht ausreicht, den vorhandenen Rückstand gegenüber der planmäßigen Akkumulation, der ausschließlich in der HV Textil zu verzeichnen ist, abzudecken. Ebenso ist der Stand der Erfüllung der Verpflichtungen besonders innerhalb der HV Textil völlig ungenügend.

## 2. Arbeit der Fünfergruppen für die Durchsetzung der Bewegung, deren Erfolge und Mängel.

Der Aufruf des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“, Wildau, und des VEB Werkzeugmaschinenbau Treptow stellte das Ministerium für Leichtindustrie vor die Aufgabe, Beispiele in Betrieben zu schaffen, welche Möglichkeiten zur Erhöhung der Rentabilität bestehen und vor allem den Werktätigen die politische und ökonomische Bedeutung des Verzichtes auf staatliche Zuschüsse und einer höheren sozialistischen Akkumulation zu erläutern.

Die organisatorische Form zur Lösung dieser Aufgaben, die dem Ziel der möglichst schnellen Verbreiterung der Bewegung für höhere Rentabilität dienen sollte, waren die Fünfergruppen, die unter der besonderen Anleitung eines verantwortlichen Funktionärs zu stehen haben.

Es wurde festgelegt, daß der Minister, die Stellvertreter des Ministers, die Leiter der Hauptverwaltungen, die Leiter der Industriezweigleitungen und deren Stellvertreter jeweils 5 Betriebe, deren Rentabilität nicht gesichert war, zusätzlich anleiten und unterstützen.

Die Leiter der Fünfergruppen setzten außerdem für jeden Betrieb einen Kontrolleur und Instrukteur ein. Das Ziel einer jeden Fünfergruppe war es, daß die betreffenden Betriebe möglichst bald durch eine Verpflichtung gegenüber dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sich der Bewegung für höhere Rentabilität anschließen, die Ausarbeitungen der Analysen besonders gründlich vornehmen und ihre Erfahrungen den anderen Betrieben der Leichtindustrie zur Verfügung stellen.

Insgesamt wurden etwa 25 % der Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie auf diese Art und Weise zusätzlich angeleitet. Die Arbeitsweise mit den Fünfergruppen hat zu bemerkenswerten Erfolgen geführt.

Die schnelle Ausbreitung der Bewegung auf eine große Zahl von Betrieben war nur mit Hilfe der Fünfergruppen möglich. Die Entwicklung der Arbeit in den Fünfergruppen war jedoch ungleichmäßig. Das drückt sich u. a. in der Realität und der notwendigen Härte der Zielsetzung der einzelnen Betriebe aus, die ja wesentlich von den Leitern der Fünfergruppen, ihren Kontrolluren und Instrukteuren beeinflußt

wurden. Ein Höhepunkt in der Arbeit der Fünfergruppen war im allgemeinen die Zeit zwischen der 1. Aktivtagung und der ökonomischen Konferenz. Bei der überwiegenden Anzahl der Fünfergruppen ist jedoch danach eine absteigende Tendenz in ihrer Arbeit sichtbar, die in mehreren Fällen bis zur faktischen Auflösung der Fünfergruppen geführt hat.

Das zeigt sich u. a. darin, daß heute die Leiter vieler Fünfergruppen nur sehr ungenügend über die ihnen zugeteilten Betriebe informiert sind.

Erst nach dem dritten zentralen Erfahrungsaustausch, auf dem diese Mängel durch den Minister kritisiert wurden, wurde allmählich mit dem Wiederaufbau der Organisation der Fünfergruppen begonnen.

Die Arbeit in den Betrieben der Fünfergruppen wurde von den Betriebsparteiorganisationen der SED und deren übergeordneten Leitungen tatkräftig unterstützt und vorangetrieben. Bei den Werkleitungen war dies in einer Reihe von Fällen erst nach hartnäckigen Diskussionen der Fall. Die schwächste Unterstützung wurde in der Regel von den Betriebs-gewerkschaftsleitungen und durch deren übergeordnete Leitungen gegeben.

Die Auswirkung der Arbeit in den Fünfergruppen nach außen, d. h. auf die anderen Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie, war nur gering und genügte nicht den Erfordernissen. Diese Feststellung trifft vor allem auf die Auswertung der in den zentralen Erfahrungsaustauschen übermittelten Erfahrungen der Fünfergruppen durch die Industriezweigleitungen zu.

Obwohl die Erfolge der Betriebe der Fünfergruppen nicht unbeträchtlich sind, hätte eine bessere mehrstufige Kontrolle die Erfolge der einzelnen Betriebe der Fünfergruppe wie auch der gesamten Fünfergruppen besser gestalten können. Bei der Mehrzahl der Fünfergruppen ist nicht erkennbar, in welchem Umfange die betrieblichen Erfahrungen des Jahres 1955 die Grundlage der Finanzpläne 1956 geworden sind.

3. Mit der Organisation der Bewegung zum Verzicht auf staatliche Zuschüsse, zur Erhöhung der sozialistischen Akkumulation und zur Einsparung von Umlaufmitteln sollte in den Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie die Rentabilität erhöht, die Verlustwirtschaft beseitigt und ein weiterer entscheidender Schritt zur Hebung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen bei der Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben der Betriebe erreicht werden. Die Lösung dieser Aufgaben dient in hohem Maße der Stärkung der ökonomischen Kraft der Deutschen Demokratischen Republik und damit dem Aufbau des Sozialismus sowie der Stärkung unserer nationalen Verteidigung.

Diese Aufgabe hat durch die Herstellung der vollen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik erhöhte Bedeutung gewonnen, ist doch die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik eine Grundvoraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Basis.

Die Bedeutung der ökonomischen Konferenzen wurde erheblich erweitert durch die Beschlüsse der 24. und 25. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Förderung der Wissenschaft und der Einführung der modernsten Technik. Das 25. Plenum stellte dabei klar die Aufgabe, daß bei der Vorbereitung und Durchführung der ökonomischen Konferenzen die Einführung des technischen Fortschritts im Mittelpunkt der Beratungen stehen muß. Die Durchführung der ökonomischen Konferenzen muß zu einer ständigen Methode für die Erarbeitung einer hohen Rentabilität insbesondere auch im Jahre 1956 gemacht werden.

**Ergänzung zur Direktive über die Organisation der Bewegung „Verzicht auf staatliche Zuschüsse, Erhöhung der sozialistischen Akkumulation, Einsparung von Umlaufmitteln in den Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie“ (Verfügungen und Mitteilungen des ML vom 4. Mai 1955) für das Jahr 1956**

Die Direktive über die Organisation der Bewegung zur Erhöhung der Rentabilität hat grundsätzlich auch für das Jahr 1956 Gültigkeit. Sie wird auf Grund der veränderten politischen Situation und den sich daraus ergebenden Beschlüssen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unserer Regierung, der Ergebnisse der Arbeit im Jahre 1955 und der Erfahrungen der Arbeit der Fünfergruppen wie folgt ergänzt:

1. Alle Funktionäre haben sich noch mehr auf die Kraft der Werktätigen, ihre Kritik und ihre Erfahrungen zu orientieren und ihnen Aufgaben und Bedeutung einer höheren Rentabilität der sozialistischen Betriebe zu erläutern, wobei die Aufgaben des Betriebes in für die Brigaden lösbare Teilaufgaben untergliedert werden müssen.

Den Fragen der Förderung der Wissenschaft und der Einführung der modernen Technik in den Betrieben kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Betriebsanalyse muß vom derzeitigen technologischen Stand des Betriebes ausgehen; in die Pläne der Maßnahmen sind die Hinweise der Werktätigen zur Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Betriebe einzuarbeiten. Von Spezialistenkommissionen sind Maßnahmen zur Einführung des technisch-organisatorischen Fortschritts auszuarbeiten. Die Büros für Erfindungswesen haben den Werktätigen die die Rentabilität beeinflussenden noch vorhandenen technischen Mängel im Betrieb aufzuzeigen und mit Hilfe von Themenplänen die Initiative der Belegschaft auf die Verbesserung der Technik und auf die Rationalisatorienbewegung zu lenken.

Im Jahre 1956 muß sich die Forderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Inhalt der ökonomischen Konferenzen widerspiegeln und zu einem konkreten Plan des technisch-organisatorischen Fortschritts führen, der der wichtigste Teil des Betriebsplanes ist.

2. In den Produktionsberatungen sind im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die Erreichung einer hohen Rentabilität die Fragen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts zu erörtern. Die Abteilungen Technologie, Arbeit und Planung tragen die Verantwortung dafür, daß die in den Produktionsberatungen festgestellten Mängel beseitigt und die von den Werktätigen gemachten Vorschläge maximal ausgewertet werden.

Die Wirtschaftsfunktionäre haben die Gewerkschaftsorganisationen, deren Aufgabe die ideologische Aufklärung der Belegschaft und die Erläuterung der politischen Ziele der Bewegung zur Erreichung einer hohen Rentabilität ist, zu unterstützen.

3. Die von den Abteilungen Arbeit in den Betrieben aufzustellenden Pläne der Normenarbeit sind für die Vorbereitung und Durchführung der ökonomischen Konferenzen auszuwerten.
4. Bei den Beratungen und den Rechenschaftslegungen zum Betriebskollektivvertrag ist der enge Zusammenhang zwischen Inhalt des BKV und den Zielen der Bewegung zur Erreichung einer höheren Rentabilität zu beachten.
5. Die Pläne der Maßnahmen zur Erhöhung der Rentabilität sind im Jahre 1956 exakt auszuarbeiten. Voraussetzung dazu ist die Aufschlüsselung der Planaufgaben in ihren wichtigsten Kennziffern auf Brigaden, Meisterbereiche und Abteilungen.

Es ist Aufgabe der Beiräte für hohe Rentabilität in den Hauptverwaltungen, diese Kennziffern festzulegen und methodische Richtlinien auszuarbeiten.

In den Produktionsberatungen und am Tag der Plankontrolle ist über die Verpflichtungen Rechenschaft zu geben. Die regelmäßige Durchführung des Tages der Plankontrolle ist zu garantieren. Hierbei sind besonders auch die durch Betriebsvergleiche gewonnenen Erkenntnisse auszuwerten.

6. Ausgehend von den großen Erfolgen der Arbeit der Fünfergruppen im Jahre 1955, wird die bisherige Form der Anleitung der Betriebe zur Erzielung einer höheren Rentabilität beibehalten. Bis zum 31. Dezember 1955 sind konkrete Vorschläge für die Fünfergruppen des Jahres 1956 dem Minister zur Bestätigung vorzulegen. In den Fünfergruppen sind besonders Verlustbetriebe oder Betriebe, deren Rentabilität ungenügend ist, zu erfassen. Die Kontrolle innerhalb der Fünfergruppen ist zu verbessern und mehrstufig durchzuführen:

- a) Die Kontrolleure und Instrukteure haben den Betrieb und die einzelnen Brigaden im Betrieb — insbesondere auf Einhaltung der Verpflichtungen — zu kontrollieren.
- b) Der Leiter der Fünfergruppe kontrolliert den Einsatz der Instrukteure und Kontrolleure und in besonderen Fällen die Werkleiter.
- c) Der Minister und seine Beauftragten üben die Kontrolle gegenüber den Leitern der Fünfergruppen aus.

Zur Durchführung dieser Kontrollen sind Terminpläne aufzustellen, die Kontrollen haben jedoch mindestens einmal im Monat zu erfolgen.

Der Erfahrungsaustausch innerhalb der Fünfergruppen ist zu verbessern. Von den Fünfergruppenleitern sind auch hierzu Terminpläne aufzustellen.

7. Zur Vorbereitung und zur richtigen Durchführung der Bewegung zur Erhöhung der Rentabilität im Jahre 1956 sind folgende ungeklärte Fragen, von deren Lösung der Erfolg der Arbeit des nächsten Jahres unmittelbar abhängt, von den Beiräten für hohe Rentabilität in den Hauptverwaltungen vorrangig zu behandeln und den Hauptverwaltungsleitern entsprechende Vorschläge zu machen:

Preisbildung, Differenzierung der Selbstkostensenkung, Auswertung der Revisionsberichte, Normierung der Umlaufmittel, Erarbeitung von Materialverbrauchs- und -vorratsnormen, Einführung von Materialdurchlaufplänen, Verbesserung der Materialeingangskontrolle, Senkung der Erlöschmälerungen.

8. Die Werkleiter werden verpflichtet, im Jahre 1956 in allen Betrieben der Leichtindustrie ökonomische Beratungen einzuleiten mit dem Ziel, sie in Zusammenarbeit mit Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu ökonomischen Konferenzen zu führen.

In den Betrieben, die zur Fünfergruppe des Ministers, seiner Stellvertreter, der Hauptverwaltungsleiter und der Industriezweigleiter gehören, sind die ökonomischen Konferenzen bis zum 31. März 1956 durchzuführen.

9. Die Praxis des Jahres 1955 zeigte, daß das System der Kontrolle einmal von allen Wirtschaftsfunktionären unterschätzt wurde, andererseits nicht ausreichend, um die Anstrengungen der Werktätigen sichtbar werden zu lassen und deren Erfahrungen für andere Betriebe auszuwerten. Die Kontrolle ist daher im Jahre 1956 wesentlich zu verbessern.

Der Stand der Verpflichtungen anlässlich von ökonomischen Konferenzen ist auf den monatlich stattfindenden Rentabilitätsbesprechungen zu kontrollieren.

An Rentabilitätsbesprechungen in Betrieben, die einer Fünfergruppe angehören, haben die Kontrolleure teilzunehmen. Die Leiter der Fünfergruppen müssen so über die Situation in ihren Betrieben informiert sein, daß sie jeweils monatlich dem Minister über den Stand der Arbeiten berichten können.

Die Kontrolle der Verpflichtungen durch die Mark über den FM-Bericht und über den Kontrollbericht ist nicht ausreichend, da die Ergebnisse der ökonomischen Konferenzen im Gesamtergebnis des Betriebes enthalten sind. Es ist daher notwendig, in der Analyse zum monatlichen FM-Bericht nach einem festzulegenden Schema über die Realisierung und den Stand der Verpflichtungen gesondert zu berichten.

Die Hauptbuchhalter sind dafür verantwortlich, daß die Zahlen in ihrem Bereich ausgewertet und zusammengefaßt bis zum Hauptbuchhalter des Ministeriums weitergegeben werden. Der Hauptbuchhalter des Ministeriums ist verantwortlich für den Gesamtbericht an den Minister.

Vor dem Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie ist einmal im Quartal nach einem festzulegenden Plan über den Stand der Bewegung, der Verpflichtungen und deren Realisierung zu berichten.

#### Maßnahmen zur Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 21. Juli 1955 über die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Die Beschlüsse des 25. Plenums des ZK der SED und der 21. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB verpflichten uns, die auf der wissenschaftlich-technischen Konferenz des Ministeriums für Leichtindustrie am 25. und 26. August 1955 in Leipzig beschlossenen Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Leichtindustrie laufend zu ergänzen und konsequent durchzuführen.

Das Ziel ist, durch Anwendung der fortschrittlichsten Erkenntnisse des Produktionsniveaus allseitig so zu heben, daß das Weltniveau erreicht wird. Maßstab dafür sind die Qualitäten und Herstellungskosten unserer Erzeugnisse.

Dieses Ziel wird um so schneller erreicht, je breiter sich die wissenschaftlich-technische Intelligenz auf die Mitarbeit der Werktätigen in den Betrieben der Leichtindustrie stützt.

Die bisherigen Überprüfungen über die Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 21. Juli 1955, die sich auf die Berichterstattung des Leiters der HV Textil vor der Leitung des Ministeriums am 25. November 1955, Untersuchungen in den IZL Konfektion, Leipzig, Druck, Leipzig, Holzbau, Leipzig, dem VEB Damenbekleidungswerke, Leipzig, VEB Graphische Werkstätten, Leipzig, VEB Buntweberei und Färberei, Neugersdorf, VEB Textil- und Gummierwerke, Neugersdorf, und auf die Berichte der Leiter der Abteilung Technologie der Hauptverwaltungen in der ZA Technologie stützen, zeigen zum Teil erhebliche Mängel.

Sie werden durch folgende Hauptmerkmale charakterisiert:

1. Die Ausarbeitung der Pläne des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Betrieben verzögert sich in starkem Maße. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Hauptverwaltungen den Industriezweigleitungen keine klaren Direktiven, wie mit dem Plan der Maßnahmen der Hauptverwaltungen auf der Ebene der IZL und der Betriebe zu arbeiten ist, gegeben haben und keine straffe Kontrolle über die sachliche und zeitliche Durchführung der Aufgaben der IZL ausüben. Dadurch hat zum Beispiel die IZL Konfektion erst am 25. Oktober 1955 den Werkleitern den konkreten Auftrag erteilt, bis 30. November 1955 in den Betrieben Pläne des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auszuarbeiten.

Ähnliche Erscheinungen zeigen sich auch bei einer ganzen Reihe anderer Industriezweigeleitungen.

Die Folge davon ist, daß eine große Anzahl von Betrieben bis heute noch keine Pläne zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erarbeitet hat, obwohl diese Aufgabe bis zum 31. Oktober 1955 gelöst sein sollte.

- 2. Die verantwortlichen Leitungen der Wirtschaftszweige, insbesondere die Leitungen der Betriebe, unterschätzen in vielen Fällen die Kraft der Werktätigen, indem sie diese in die Ausarbeitung der Pläne nicht mit einbeziehen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß entgegen der Anleitung durch das Ministerium für Leichtindustrie eine ganze Reihe von Industriezweigeleitungen, nach der Auswertung der Leipziger Konferenz und der Erläuterung des Planes der Maßnahmen der Hauptverwaltungen, den Betrieben die eingrenzte Aufgabe der technischen Rekonstruktion der Betriebe gestellt haben.

Das führte dazu, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben nur Investitionsperspektiven und technisch-organisatorische Maßnahmen in Form von Rekonstruktionsplänen ausgearbeitet wurden. In diesen Industriezweigeleitungen und Betrieben wird die Durchführung der Aufgaben, die sich aus dem Ministerratsbeschuß vom 21. Juli 1955 ergeben, lediglich als eine Aufgabe der Ingenieure und Techniker angesehen, ohne gemeinsam mit den Werktätigen Überlegungen anzustellen, wie das Produktionsniveau insgesamt gehoben werden kann. Das trifft besonders für die IZL Holzbau zu, wo die Funktionäre die Meinung vertreten, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt in ihrem Bereich nur noch durch umfangreiche Neuinvestitionen möglich sei, während anderen Möglichkeiten man größere Aufmerksamkeit spende, oder den VEB Juteplanen, wo die Funktionäre in sehr eingehender Diskussion über die Möglichkeiten, den Maschinenpark der unbedeutenden Betriebe zu vergrößern, jetzt Maßnahmen festzusetzen, die die wissenschaftlich-technische Entwicklung der Betriebe fördern werden, um schnell die Auftragsmenge zu steigern.

- 3. Die Hauptverwaltungen der Industriezweige, die die wissenschaftlichen, technischen und konstruktiven Aufgaben noch ungenügende Überwachung ausüben, weisen auch darauf hin, daß es eine Reihe von Betrieben gibt, die wissenschaftlich-technischen Fortschritt zwischen den Hauptverwaltungen und den Betrieben den Wissenschaftlern, Technikern und Konstrukteuren aus Instituten, Zentralen, Projektionsbüros und Betrieben andererseits gibt. Es wurde festgestellt, daß bei der Ausarbeitung der Pläne der Betriebe die Kampftakte beschlossen wurden. Jedoch muß ein großer Teil der Angehörigen der technischen Leitung eine erwartende Haltung einnehmen. Sie merken, erst prüfen sie, was die Ministerium für Leichtindustrie auch die Investitionen und Materialien bereitstellt. Diese Haltung führt zum Beispiel besonders stark unter den Funktionären der IZL Bestäuber, die tritt über die Stellen der IZL Stellen in der gesamten Industrie.

- 4. Die Hauptverwaltungen und IZL unterstützen ungenügend die Betriebe bei der Ausarbeitung der Pläne des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Ursache liegt darin, daß die Hauptverwaltungen die durch die Betriebe gebrauchten Anleitungen ungenügend unterstützen. Die Anleitungen werden nicht in der Hand der Betriebe, sondern in der Hand der Hauptverwaltungen und IZL gehalten. Die Betriebe sind in der Lage, die Anleitungen der IZL zu erhalten.

nahmen der Hauptverwaltungen in den Betrieben ergeben, konzentriert. Das liegt daran ist, daß die Ausarbeitung der Pläne in den Betrieben mehr oder weniger dem Selbstlauf überlassen blieb, diese nicht vergleichbar sind und deshalb die Anleitung und Kontrolle erschweren. In den Industriezweigeleitungen wurde von dem Mittel, Beispielbetriebe zu schaffen, deren Erfahrungen auf die übrigen Betriebe übertragen werden, kein Gebrauch gemacht.

- 5. Die Hauptverwaltungen und IZL haben keine konkrete Übersicht über die erreichten Ergebnisse. Sie orientieren sich in ihrer Tätigkeit noch zu wenig schwerpunktmäßig auf die Aufgaben, die der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dienen. Sie sind deshalb auch nicht in der Lage, rechtzeitig dort einzugreifen, wo festgelegte Aufgaben in ihrer Durchführung gefährdet sind.

**Schlusfolgerungen:**

Zur weiteren Verbesserung der Arbeit über die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Betrieben der Leichtindustrie ist folgendes durchzuführen:

- 1. Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Termin: 18. Januar 1956

Verantwortlich: IZL-Letter

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

Die IZL haben jedem Betrieb die volkswirtschaftliche Perspektive des Industriezweiges bis 1960 und die sich aus dem Plan zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der IZL ergebenden Aufgaben bekanntzugeben.

trieb?", die von der Kammer der Technik herausgegeben wurde und auch von dort zu beziehen ist, zu bedienen.

Abschluß der Ausarbeitung und Bestätigung des Planes 20. Mai 1958.  
Verantwortlich: Werkleiter.

III. Die Pläne der Betriebe zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sollen Maßnahmen auf folgenden Gebieten enthalten:

1. Planmäßige Produktionspropaganda auf der Grundlage der Beschlüsse der 21. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB.

Die Mittel dazu sind:

- a) regelmäßige und gründliche Produktionsberatungen als die Hauptmethode der Ansprache mit den Werktätigen,
- b) regelmäßige und gründliche Abteilungsbesprechungen in den Verwaltungen der Betriebe,
- c) Beratungen im Technischen Rat,
- d) technisch-ökonomische Konferenzen,
- e) ständige Beratung der Werkleiter mit den Aktivisten, Rationalisatoren und Neuerern der Produktion.

f) technisch-ökonomische Unterweisungen durch Vorträge und Ausweise mit Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technischen und Meister aus Industrie, Institut, Beruf und Mittelschulen in Verbindung mit der Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und der Kammer der Technik.

- g) Erfahrungsaustausch der Betriebe, Rationalisatoren und Meister mit den Mittelstellenbetrieblern,
- h) Betriebsvereine.

2. Förderung des Ingenieurtechnischen und Meisterpersönlichen und die Qualifizierung der Produktionsarbeiter, zum Beispiel durch:

- a) Betriebskinderkassen,
- b) Frauen- und Jugendkassenvereine,
- c) Unterweisungen im Technischen Kabinett.

3. Förderung des Erfindungs- und Verbesserungswesens und der Rationalisierung nach Beispiel durch:

- a) Arbeitsfähigkeit und Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter,
- b) Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen.

4. Schnelle Einführung abgestimmter Forschungsergebnisse, Erfindungen, Verbesserungsvorschläge und Neuerungsmethoden, zum Beispiel durch:

- a) Studium und Erprobung von Neuerungsmethoden,
- b) Einführungspläne für Erfindungen und Verbesserungsvorschläge.

5. Standardisierung, Materialwirtschaftslehre, Typisierung, Spezialisierung und Konzentration, zum Beispiel durch:

- a) Festlegung der Ziele zur Abgrenzung von technischen Normen und Spezialisierung.

6. Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse, zum Beispiel durch:

- a) Maßnahmen zur optimalen Ansetzung der Rohstoffe,
- b) Verbesserung der Arbeitsweise der TKO.

7. Herstellung einer engen Verbindung zu den Forschungsinstituten, F./E.-Stellen des eigenen

Bereichs und der benachbarten Wirtschaftszweige, zum Beispiel durch

- a) enge Zusammenarbeit mit den F. E.-Stellen und Forschungsinstituten,
- b) Zusammenarbeit, zum Beispiel der Textilindustrie mit der Kunstfaserindustrie bei der Einführung neuer synthetischer Fasern.

8. Technische Arbeitsnormung, Betriebsorganisation, Fertigungsverfahren, prophylaktische Reparaturen, volle Ausnutzung der Kapazität, zum Beispiel durch

- a) Untersuchung des Ausnutzungsgrades und des Produktionsablaufes.

9. Studium des internationalen Standes der Technik zur Auswertung für das Spezialgebiet der Betriebe, zum Beispiel durch

- a) Auswertung der in Frage kommenden Literatur und der Dokumentationen der Institute durch das Büro für Erfindungswesen.

10. Auswertung von Studienreisen, Messen, Tagungen im Ausland usw., zum Beispiel durch

- a) Bekanntgabe der Informationen,
- b) Erfahrungsaustausch.

In den Betrieben, wo bereits Pläne zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgearbeitet wurden, die aber mehr oder weniger nur die Investitionsperspektive oder technisch-organisatorische Maßnahmen in Form von Rationalisierungsplänen vorsehen, sind diese entsprechend den vorgegebenen Gebieten zu ergänzen.

IV. Bei Ausarbeitung des Planes zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind entsprechend dem Beispiel des VEB Schreibmaschinen Fabrik Dietrich in jedem Betrieb eine Hauptkommission und je nach der Notwendigkeit Unterkommissionen zu bilden.

Für die Hauptkommission wird folgende Besetzung empfohlen:

- Werkleiter, Vorsitzender,
- Technischer Leiter,
- Schmittler der RFO der SED,
- IKL-Vorsitzender,
- Leiter der Abteilung Arbeit,
- Vorsitzende der Unterkommissionen.

Die Unterkommissionen haben die Aufgabe, den derzeitigen tatsächlichen Zustand und die Entwicklungsperspektive unter Berücksichtigung der in Punkt III genannten Gebiete zu untersuchen und auf der Grundlage des Ministerratbeschlusses vom 21. Juli 1958 sowie der vorgegebenen wirtschaftlichen Perspektive der IKL Vorschläge zusammenzufassen, die der Erhöhung des Produktionsniveaus dienen.

Diese Vorschläge sind mit den Werktätigen in den Produktionsberatungen zu beraten und ihre wesentlichen oder Änderungsvorschläge bei der Ausarbeitung des Planes zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu verwerten.

Die Hauptkommission faßt alle Vorschläge in einem vorläufigen Plan des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zusammen und macht ihn zum Gegenstand der Beratung auf einer technisch-ökonomischen Konferenz. Das Ergebnis der technisch-wissenschaftlichen Konferenz ist für den Plan des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auszuwerten und dieser dann für den Betrieb für verbindlich zu erklären.

- V. Die Durchführung des Planes zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hängt entscheidend von der Zusammenarbeit der Hauptverwaltungen, IZL und Werkleitungen mit den Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern in den Instituten, Zentralen Projektierungsbüros und Betrieben ab.
- Die technische Intelligenz unterschätzt zum Teil noch die in den Betrieben und an anderen Stellen vorhandenen Möglichkeiten der Realisierung des Planes zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Sie übersieht sowohl die eigenen Fähigkeiten und Tatkraft als auch die große gesellschaftliche Kraft der Neuerer und Rationalisatoren, die im Bündnis mit ihnen in der Lage sind, das Produktionsniveau entscheidend zu heben.
- Die Hauptverwaltungen, Industriezweigleitungen und Betriebe haben deshalb die Aufgabe, die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker für die Ausnutzung dieser Möglichkeiten zu gewinnen. Dies hat durch das unmittelbare Heranziehen der Angehörigen der technischen Intelligenz bei der Lösung der ökonomischen Aufgaben, insbesondere durch regelmäßige Besprechungen, Erfahrungsaustausch, Mitarbeit im Wissenschaftlich-technischen Rat, Arbeitskreis für Forschung und Entwicklung usw. zu geschehen.
- VI. Die in dem Plan des wissenschaftlich-technischen Fortschritts enthaltenen technisch-organisatorischen Maßnahmen für das Jahr 1966 sind in dem Betriebsplan — Planstell 29 — aufzunehmen.
- Der Plan des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist zum Gegenstand der regelmäßigen quartalsweisen Rechenschaftslegung über die Erfüllung des Betriebsplanes zu machen.
- Die Hauptverwaltungen haben im Rahmen der Arbeitsbesprechungen die IZL-Letter herbeizulassen und gleichzeitig den Erfahrungsaustausch durchzuführen. Dasselbe trifft für die Letter der IZL in ihren Bereichen zu.
- Verantwortlich: HV-Letter, IZL-Letter, Werkleitung.
- VII. Die IZL-Letter werden beauftragt, unter persönlicher Anleitung und Kontrolle in je einem Betrieb ihres Bereiches ein Beispiel der Ausarbeitung des Planes zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Durchführung der technisch-ökonomischen Konferenzen zu schaffen.
- Die Zielsetzung für den Abschluß der Ausarbeitung des Planes und der Durchführung der technisch-ökonomischen Konferenzen in den Beispielbetrieben ist der 28. Februar 1966.
- Verantwortlich: IZL-Letter.
- VIII. Die bei der Ausarbeitung des Planes zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Durchführung der technisch-ökonomischen Konferenzen im Beispielbetrieb gewonnenen Erfahrungen sind auf einer Werkleitertagung exakt zusammenzufassen und den übrigen Betrieben zu vermittelbar.
- Zur Unterstützung der Arbeiten in den übrigen Betrieben sind die Instruktoren der IZL schwerpunktmäßig mit der ständigen Anleitung und Kontrolle zu beauftragen.
- Die Auswertung der Beispiele hat mit den Werkleitern bis zum 1. März 1966 zu erfolgen.
- Verantwortlich: IZL-Letter.
- IX. Die Leiter der Hauptverwaltungen werden verpflichtet, die Leiter der IZL bei der Schaffung der Beispiele persönlich anzuleiten und zu kontrollieren.
- Um die zum Teil vorhandenen Unklarheiten bei den IZL und Betrieben, die sich in bezug auf die Durchführung der Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts insbesondere auf die Ausarbeitung der Betriebspläne ergeben, zu beseitigen, haben die Leiter der Hauptverwaltungen die Leiter und Instruktoren der IZL in einer Tagung anzuleiten und für diese die erforderlichen Maßnahmen festzulegen.
- Die Tagungen müssen bis zum 31. Januar 1966 durchgeführt sein.
- X. Die Hauptverwaltungen haben mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften Vereinbarungen über die Durchführung der Aufgaben zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf der Grundlage der Beschlüsse der 21. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB zu treffen.
- Vorrangige Bedeutung ist zunächst den Vereinbarungen beizumessen, die sich auf die gemeinsame Durchführung der Aufgaben dieser Anweisung beziehen.
- Termin: 15. Januar 1966.  
Verantwortlich: HV-Letter.
- XI. Die Durchführung der vorstehend genannten Aufgaben schafft die Grundlage für die erfolgreiche Arbeit der Leichtindustrie im zweiten Fünfjahresplan. Alle Betriebe werden darüber hinaus aufgefordert, die gesamte Kraft der Werktätigen und der technischen Intelligenz dahingehend zu mobilisieren, daß zu Ehren der III. Parteikonferenz der SED dem Präsidium der Konferenz die ersten konkreten Ergebnisse der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Leichtindustrie überreicht werden.
- Die Leiter der IZL verschaffen sich bis zum 28. Januar 1966 den Überblick über die Verpflichtungen der Betriebe und übermitteln aus dem besten Betrieben hinsichtlich der eingegangenen Verpflichtungen die Erfahrungen des erfolgreichsten Betriebes.
- In erster Linie haben solche Ergebnisse Bedeutung, wo in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Qualität der Erzeugnisse der internationale Stand der Technik erreicht bzw. übertroffen wird.
- Ergebnisse, die der III. Parteikonferenz der SED überreicht werden, sind dem Leiter der Hauptverwaltung bis zum 5. März 1966 zu melden.
- Die Fortführung der Arbeiten zur Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Leichtindustrie hat in folgenden Stappen zu erfolgen:
1. Etappe: Von der Aufgliederung des Planes der IZL und der Anleitungen durch die Hauptverwaltungen bis zur Schaffung und Auswertung der Musterbeispiele bis zum 15. März 1966.
  2. Etappe: Von der Auswertung der Musterbeispiele der IZL bis zur Ausarbeitung der Pläne in den Betrieben bis zum 31. Mai 1966.
- Diesem Sonderdruck liegt eine Beilage über eine Arbeitsanleitung zur Verbesserung der Kaderarbeit im 2. Fünfjahresplan bei.
- Dr. Feldmann  
Minister für Leichtindustrie

## BEILAGE

zum Sonderdruck der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie“ Nr. 14/55

### Arbeitsanleitung zur Verbesserung der Kaderarbeit im 2. Fünfjahrplan

Die Kaderpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Methode der an der Macht befindlichen Arbeiterklasse, die ein festes Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und anderen Werktätigen eingegangen ist, um im Interesse des Staates der Arbeiter und Bauern die Menschen der Deutschen Demokratischen Republik so zu erziehen, zu qualifizieren, zu verteilen und zu fördern, daß jeder an seinem Platz in der Lage ist, die unserem Staate gestellten Aufgaben zu verwirklichen.

Die Kaderpolitik ist eine streng klassenmäßig parteiliche Methode, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und seiner Anwendung basiert.

Die Kaderpolitik ist Bestandteil und eine der Hauptmethoden der Leitung des Staates der Arbeiter und Bauern.

Das 23. und 25. Plenum haben mit aller Eindringlichkeit die Verbesserung der Kaderarbeit in den Vordergrund gestellt und wertvolle Anleitung gegeben, um zu erreichen, daß die gestellten Aufgaben durchgeführt werden und die Erfüllung des 2. Fünfjahrplanes gewährleistet wird.

Die weiteren Grundlagen auf gesetzlicher Basis hierfür sind die Anleitung zur Auswahl, Entwicklung und Förderung der Kader (HA Pers. 102) vom März 1954, der Ministerratsbeschuß zur Verbesserung der Kaderarbeit im Staatsapparat vom 30. September 1954, die Verordnung über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane — Disziplinarordnung vom 10. März 1955 — und der Beschluß des Ministerrates über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Juli 1955, der Ministerratsbeschuß über den Einsatz der Hoch- und Fachschulabsolventen vom 30. November 1954.

#### Die Kaderabteilung: Das Kontrollorgan jedes Leiters in der Kaderarbeit

##### Aufgabe jedes Leiters in der Kaderarbeit:

Durch die Anweisungen HA Pers. 102 und des Beschlusses zur Verbesserung der Kaderarbeit im Staatsapparat wurde klar erkennbar, daß in der Kaderarbeit jeder Leiter bzw. Abteilungsleiter für sein Aufgabengebiet die Verantwortung trägt und seinem vorgesetzten Leiter rechenschaftspflichtig ist.

##### Aufgaben der Kaderabteilungen:

Die Kaderabteilungen sind dem Leiter jeweils unmittelbar unterstellt, kontrollieren in seinem Auftrage die richtige Durchführung der Kaderpolitik, führen die kaderpolitischen Überprüfungen nach den gültigen Richtlinien durch und geben den leitenden Funktionären in der Durchführung der Kaderarbeit Anregungen und Unterstützung.

#### Erste Hauptaufgabe der Kaderabteilungen ist der Kampf gegen eine Kaderarbeit als Ressortarbeit der Kaderabteilungen

Das bedeutet, daß sich die Kaderabteilungen mit ganzer Kraft ständig dafür einzusetzen haben, daß die Kaderarbeit so durchgeführt wird, wie es die gesetzlichen Anweisungen und die Lenin-Stalinschen Kaderprinzipien vorsehen.

Kaderarbeit ist keine zusätzliche Arbeit der leitenden Funktionäre.

Kaderarbeit ist ein besonderer Schwerpunkt der Leitungsarbeit, d. h. Auslese, Erziehung, Qualifizierung, Förderung und Verteilung der Kader.

Ohne die Kader gut zu kennen und mit ihnen zu arbeiten, gibt es keine Leitungsarbeit.

#### Planmäßige Kaderarbeit durch klare Übersichten

Durch die erarbeiteten Qualifikationsmerkmale, Geschäftsverteilungspläne, bestätigten Stellenpläne und die Nomenklatur für die Planstellen der technisch-wissenschaftlichen Kader erhielt jede Kaderabteilung wertvolle Mittel für eine erfolgreiche Kaderarbeit.

In der Regel haben wir es bisher nicht verstanden, diese Mittel richtig auszuwerten, um uns klare Übersichten über den jeweiligen Stand der Kaderarbeit zu machen.

Jede Kaderabteilung ist deshalb verpflichtet, Übersichten, die den Stand der Kaderarbeit ausweisen, zu führen und stets auf dem neuesten Stand zu halten. Die bestätigte Nomenklatur der Planstellen, die mit Hoch- und Fachschulkader besetzt werden sollen, ist dabei eine wichtige Arbeitsgrundlage.

#### Arbeit der Kaderfunktionäre mit den jeweiligen Abteilungen

Auch hier ist eine Übersicht die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Kaderarbeit.

Für jede Abteilung wird deshalb ein Schnellhefter mit folgendem Inhalt angelegt:

##### 1. Ein Deckblatt:

- a) die derzeitige kaderpolitische Zusammensetzung der Abteilung und notwendig geplante Veränderungsmaßnahmen;
- b) die derzeitige Zusammensetzung in der Qualifizierung im Soll und Ist gegenübergestellt;
- c) die mit jedem Mitarbeiter festgelegten Maßnahmen zur Erreichung der vorgesehenen Qualifikation bzw. die sich notwendig machende Veränderung;
- d) konkrete Angaben der vorhandenen Kaderreserven im Rahmen der jeweiligen Abteilung einschließlich des evtl. Bedarfs übergeordneter Organe.

##### 2. Sämtliche Studienpläne der Mitarbeiter.

#### Planmäßige Kontrolle und Berichterstattung über den Stand der Kaderarbeit

- a) Jeder Leiter ist verpflichtet, mindestens einmal im Monat mit seinem Kaderleiter eine gründliche Aussprache über den Stand der Kaderarbeit zu führen. Diese Aussprachen sind im Arbeitsplan des Leiters als besonderer Schwerpunkt zu berücksichtigen. Als Ergebnis dieser Aussprachen sind die weiteren Aufgaben der Kaderarbeit festzulegen, die in den Arbeitsplänen der leitenden Mitarbeiter ihren Niederschlag finden müssen. Des weiteren sollen notwendige Erziehungsmaßnahmen festgelegt werden.

b) **Kontrolle der Kaderarbeit:**

Der wesentlichste Mangel in der Durchsetzung der Kaderprinzipien ist das völlige Fehlen der Kontrolle durch sämtliche Leitungen.

Der Minister weist deshalb an:

1. Das Kollegium beschäftigt sich zweimal im Jahre mit dem Stand der Kaderarbeit und der Kaderstatistik, entsprechend dem Ministerratsbeschuß vom 30. September 1954.  
Berichtersteller ist Kollege Staatssekretär.  
Ergänzungen durch den Leiter der ZA Kader.  
Termin: Januar und Juli.
2. Die Stellvertreter des Ministers lassen jeden für sie zuständigen HV-Leiter einmal im Quartal über den Stand der Kaderarbeit in seiner HV und seiner persönlichen Kaderarbeit berichten.  
Gegenbericht durch die ZA Kader.
3. In den Dienstbesprechungen mit den Abteilungsleitern (zentral, HV, IZL, DHZ, sonstigen Institutionen und Betrieben) gibt jeweils ein Abteilungsleiter einen Bericht über seine Kaderarbeit nach folgenden Gesichtspunkten:
  - a) Eigene Qualifikation;
  - b) Qualifizierung seiner Mitarbeiter einschließlich der politisch-ideologischen Erziehung;
  - c) Stand der Kaderreserven.Den Gegenbericht gibt die zuständige Kaderabteilung.  
etwa 15 Minuten
4. In den Arbeitstagungen der IZL und DHZ mit den Leitern der Betriebe und Niederlassungen hat ebenfalls je ein Leiter über den Stand seiner Kaderarbeit zu berichten.  
Gegenbericht gibt die Kaderabteilung der IZL bzw. DHZ.  
Aus den Berichten sind die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen und in den Arbeitsplänen aufzunehmen.

**Jahresbericht**

Besondere Aufmerksamkeit ist den Jahresberichten zu schenken.

Sie müssen zu wertvollen Analysen über die geleistete Kaderarbeit werden, sie müssen in Schlußfolgerungen und den gestellten Zielsetzungen das Mittel werden, die Kaderarbeit maßgeblich zu verbessern.

Für die Erarbeitung des Jahresberichtes durch den Leiter haben die leitenden Mitarbeiter ihre Aufzeichnungen über die Ergebnisse ihrer Kaderarbeit zur Verfügung zu stellen.

**Qualifizierungsarbeit**

Die Hauptmerkmale der Qualifizierungsarbeit sind:

1. die eigene Qualifizierung jedes leitenden Funktionärs;
2. die Qualifizierung der Mitarbeiter;
3. die Qualifizierung der erfaßten Kaderreserven;
4. die einwandfreie Auswahl von Kadern für Schul- und Lehrgangdelegierungen.

**Aufgaben der Kaderfunktionäre in der Qualifizierungsarbeit**

Die Kaderfunktionäre haben dabei die Aufgabe, geduldig anzuleiten, zu helfen und durch regelmäßige Kontrolle die Qualität dieser Arbeit ständig zu verbessern und dafür zu sorgen, daß die politische und fachliche Qualifizierung in ein richtiges Verhältnis gebracht wird.

Für die richtige kaderpolitische Auswahl sowie für die ordnungsgemäße und termingemäße Weitergabe der

Delegierungsunterlagen sind die zuständigen Kaderabteilungen voll verantwortlich.

**Maßnahmen zur Delegierung**

Verstöße in dieser Hinsicht haben disziplinarische Maßnahmen zur Folge, entsprechend der Disziplinarordnung.

Jeder Leiter und Kaderleiter hat alle sich bietenden Schulungsmöglichkeiten für seine Mitarbeiter und für sich voll zu nutzen und dafür zu sorgen, daß die Auswahl zu den Delegierungen an die Hoch- und Fachschulen mindestens ein Jahr vor Studienbeginn und für die Spezialschulen so rechtzeitig erfolgt, daß den für die Delegierung vorgesehenen Mitarbeitern die Möglichkeit einer sorgfältigen Vorbereitung durch Besuch von Volkshochschulen, technischen Betriebschulen und im organisierten Selbststudium unter Anleitung eines qualifizierten Paten gegeben wird.

Die ZA Fachschulen wird verpflichtet, den Lehrgangsplan für die Spezialschulen spätestens im III. Quartal für das folgende Jahr zu veröffentlichen.

**Erhöhung und Sicherung des Anteils an Arbeiter- und Bauernstudenten**

Um den Anteil der Studenten aus der Arbeiterklasse und der Klasse der werktätigen Bauern ständig zu erhöhen und zu sichern, werden die Leiter der jeweiligen Dienststelle bzw. VEB persönlich verpflichtet, alles zu tun, um diesen Personenkreis auf das erforderliche Niveau zu bringen.

Es wird dabei besonders auf den Abschluß von Patenschaften verwiesen.

Die Leitung des Ministeriums wird die Maßnahmen für die Vorbereitungen zur Aufnahme des Studiums an den Hoch- und Fachschulen durch Schaffung von Vorbereitungsmöglichkeiten unterstützen, z. B. Lehrbriefe und Konsultationen zur Vorbereitung der Aufnahmeprüfungen.

Die Kaderfunktionäre haben diese Aufgabe als besonderen Schwerpunkt ihrer Anleitungsbearbeitung zu betrachten.

**Delegierung an die Spezialschulen**

Bei der Delegierung an unsere Spezialschulen sind erhebliche Mängel in Erscheinung getreten.

Es erfolgte oft ein Ausweichen auf nicht vorgesehene Teilnehmer, da die angeforderten Funktionäre angeblich nicht abkömmlich waren oder im letzten Augenblick krank wurden, ohne arbeitsunfähig zu sein.

Die verantwortlichen Leiter und Kaderleiter werden verpflichtet, bei Delegierungen von leitenden Funktionären aus Klein- und Mittelbetrieben Patenschaften aus anderen Betrieben für die Dauer dieser Lehrgänge zu organisieren.

In jedem Falle werden Mitarbeiter, die eine Nichtauslastung eines Schulplatzes verschulden, zur Verantwortung gezogen.

Bei der Delegierung an unsere Spezialschulen und sonstige Lehrgänge sind besonders solche Kader zu berücksichtigen, die auf Grund ihres vorgeschrittenen Alters keinen staatlichen Abschluß mehr erreichen können, die aber mit ihrer jahrzehntelangen Berufserfahrung sich durch den Besuch solcher Lehrgänge so qualifizieren, um weiterhin ihre Funktion ausüben zu können.

Über die Durchführung, die Auswahl und Delegierung an die Spezialschulen erscheint in Kürze eine Arbeitsrichtlinie.

**Auswahl und Betreuung der Fernstudenten**

Junge Kader sind grundsätzlich für das Direktstudium zu gewinnen.

Kader der mittleren Altersgruppen bis etwa 45 Jahre sollen sich im wesentlichen im Fernstudium qualifizieren.

In jeder Dienststelle bzw. VEB ist der Leiter für die regelmäßige Betreuung der Fernstudenten und die Einhaltung der Studienrichtlinien persönlich verantwortlich.

Eine Überlastung mit gesellschaftlichen Funktionen ist unbedingt zu vermeiden, in Ausnahmefällen ist individuell ein Ausgleich zu schaffen.

Der Kaderleiter legt dem Leiter die Studentenliste vor und macht entsprechende Vorschläge zur Betreuung der Fernstudenten.

#### **Qualifizierung der Kader mit staatlicher Auszeichnung**

Grobe Vernachlässigungen in der Qualifizierungsarbeit traten in der Gruppe der Kader mit staatlichen Auszeichnungen auf.

Jeder Leiter und Kaderleiter hat die hohe Verpflichtung, die Aktivisten, Verdienten Aktivisten, Helden der Arbeit und Nationalpreisträger zu qualifizieren und entsprechend zu entwickeln und zu fördern.

Die Leiter und Kaderleiter der IZL und HV haben die Maßnahmen der Entwicklung und Qualifizierung der Kader mit staatlichen Auszeichnungen schwerpunktmäßig zu kontrollieren.

#### **Die Entwicklung und Qualifizierung der Frauen, eine Hauptforderung des 25. Plenums**

Der unhaltbare Zustand, daß im Ministerium für Leichtindustrie trotz hohen Prozentsatzes des Frauenanteils verschwindend wenig Frauen in leitende Funktionen entwickelt wurden, ist schnellstens zu überwinden.

Für die Leiter und Kaderleiter ergibt sich die Aufgabe, systematisch und planmäßig die Entwicklung und Qualifizierung der Frauen zu ermöglichen.

Zu diesem Zwecke sind Patenschaftsverpflichtungen in breitem Umfange zu organisieren, sind konkrete Qualifizierungsmaßnahmen in den BKV aufzunehmen, sind Frauenförderungspläne zu erarbeiten und zu beschließen, für deren Realisierung die Leiter und Kaderleiter einen unerbittlichen Kampf führen müssen.

Zur Realisierung dieser Forderung werden konkrete Verpflichtungen sämtlicher Kaderfunktionäre und leitender Mitarbeiter erwartet.

Es wird dabei besonders auf die staatlich ausgezeichneten Frauen und Ingenieure unserer Fachschulen verwiesen.

#### **Die Verbesserung der Arbeit mit der Intelligenz ist die Voraussetzung für unseren technisch-wissenschaftlichen Fortschritt.**

Viele Fehlschläge in unserer Weiterentwicklung haben ihre Ursache in der Nichtbeachtung der Lenin-Stalinschen Prinzipien auf diesem Gebiet und der Mißachtung der Forderungen und Maßnahmen der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung zu dieser Frage.

Die ständige und beharrliche Arbeit mit der Intelligenz muß zur Schwerpunktarbeit der Kaderarbeit werden, und Versäumnisse in dieser Hinsicht sind keineswegs zu dulden.

Es ist auf jeden Fall zu erreichen, daß ein gutes kameradschaftliches Verhältnis mit unserer Intelligenz herausgestellt wird.

Dazu gehören offene und freimütige Aussprachen in allen Fragen der persönlichen Sorgen und Hilfe zu deren weitgehendster Beseitigung. Dabei sollen auch Fragen in geeigneter Form über unsere gesellschaftliche und nationale Entwicklung diskutiert werden.

Die Kaderfunktionäre haben hier die wichtige Verpflichtung, Mittler zu sein zur Herstellung dieses Ver-

trauensverhältnisses und haben darüber zu wachen, daß keine intelligenzfeindliche Arbeit geleistet werden kann.

Neben der sorgfältigen Betreuung unserer alten Intelligenz ist besondere Aufmerksamkeit der neuen Intelligenz unseres Arbeiter- und Bauernstaates zu schenken. Für ihre Entwicklung und Weiterqualifizierung hat jeder Leiter, Kaderleiter und leitende Mitarbeiter vordringlich zu sorgen, da sie in erster Linie zur Kaderreserve zu entwickeln sind.

Die Kaderfunktionäre haben ganz besonders darauf zu achten, daß die laut Beschluß vom 30. November 1954 abgeschlossenen Förderungsverträge unbedingt eingehalten werden.

Verstöße sind unverzüglich dem Leiter bzw. höheren Organ zu melden.

#### **Das Fehlen einer Kaderreserve, ein Hemmschuh unserer Aufwärtsentwicklung**

Ohne Kaderreserve kann man nicht leiten.

Keine Kaderreserve zu haben, heißt zur ständigen, sporadischen Kaderarbeit verurteilt zu sein, heißt die Besetzung wichtiger Planstellen Zufälligkeiten und Unzulänglichkeiten zu überlassen.

Bei Begründungen für Auszeichnungen, Prämierungen und Leistungsstufen der leitenden Funktionäre muß die geleistete Kaderarbeit mit Schwerpunkt Erfassung und Betreuung von Kaderreserven eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die Kaderfunktionäre haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß spätestens zu Beginn des zweiten Halbjahres 1956 jeder Leiter fünf Kader und jeder Abteilungsleiter drei Kader in seine Kaderreserve aufgenommen hat.

Jeder leitende Funktionär hat nach der kaderpolitischen Überprüfung durch die Kaderabteilung mit diesen Kadern die Perspektive festzulegen, die notwendigen Qualifizierungen einzuleiten und sie systematisch auf höhere Funktionen vorzubereiten.

#### **Einschränkung der Fluktuation, eine wichtige Forderung des 25. Plenums**

Ein Grundsatz unserer Kaderpolitik ist die Stabilität der Besetzung.

Die Ursachen starker Fluktuationen sind ungenügende politische und persönliche Arbeit mit den Menschen, unzureichende Entwicklung der Kader, unrichtiges Arbeiten bei der Einstellung, Einsatz in Aufgabengebieten, die den Kadern artfremd sind oder denen sie nicht gewachsen sind, Mißachtung des materiellen Anreizes, mangelhafte Lösung des Wohnungsproblems, soziale Mißstände in den Betrieben sowie Einwirkung des Klassenegners.

Gegen diese Erscheinungen ist ein allseitiger Kampf zu entfalten, und es sind die Möglichkeiten zu schaffen, die eine Stabilität der Besetzung der Planstellen mit entwickelten und qualifizierten Kadern zur Folge haben.

Als Hauptlösung gilt hier, den richtigen Kader auf den richtigen Platz zu stellen.

1. Jeder Leiter und Kaderfunktionär muß es sich zur Aufgabe machen, daß ein Wechsel von Funktionären nicht unter einem Jahr Tätigkeit auf einer Planstelle vorgenommen wird, mit Ausnahme unfähiger Mitarbeiter.

Die Arbeit mit der Jugend ist durch die Leiter wesentlich zu verbessern.

Der Erziehung zum Patriotismus und zur Verteidigungsbereitschaft ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Verantwortlichkeit des Leiters erstreckt sich auch auf Verbesserung und Unterstützung der FDJ-Arbeit.

2. Bei Republikflucht sind die Ursachen genauestens festzustellen und die notwendigen Lehren für die betreffende Dienststelle zu ziehen.

Es ist hier besonders auf Abwerbungen zu achten und die Ursachen der Bereitwilligkeit zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu ergründen.

Die formelle Registrierung von solchen Abgängen ist eine schwere Vernachlässigung der Wachsamkeit.

#### **Beachtung der proletarischen Wachsamkeit**

Sie muß zum Inhalt haben:

1. gründliches Studium der Kaderunterlagen; restlose Klärung erkannter Unklarheiten, stetige Ergänzung auf den neuesten Stand, verantwortungsbewußte und erschöpfende Erarbeitung von Beurteilungen, keine Einstellungen ohne Beurteilungen der vorgehenden Dienststellen;
2. die gewissenhafte Beachtung der kaderpolitischen Zusammensetzung bis in die Abteilungen;
3. eine genaue Kenntnis der Mitarbeiter in fachlicher, politischer und persönlicher Hinsicht;
4. die strenge Überwachung bei der Hütung von Staats- und Betriebsgeheimnissen, unter Beachtung des sorgfältigen Umganges mit den Arbeitsunterlagen und ihrer sicheren Aufbewahrung, Sicherung der Diensträume;
5. die verantwortungsvolle Bearbeitung des Dienstausweises und Sicherung vor Mißbrauch von Dienstausweisen;
6. die gewissenhafte Auswahl der Kader für Reisen ins Ausland und Westdeutschland;
7. a) Kampf gegen die Verbürgerlichung von Staats- und Verwaltungsfunktionären durch breite Entfaltung der Kritik und Selbstkritik, ständige ideologische Auseinandersetzung, ganz gleich, wo derartige Schwächen auftreten. Ein wesentliches Mittel ist die Herstellung enger Kontakte zwischen den Kollegen der Verwaltungen und den Produktionsarbeitern mittels Betriebspatenschaften und Referenteneinsätzen.  
b) Kampf gegen den schädlichen Liberalismus und Pazifismus bei der Duldung von Fehlern und Schwächen im Arbeitsablauf, Kampf gegen Freundschafts- und Verwandtschaftspolitik, moralischer Unsauberkeit, Nichtbeachtung für ein Arbeitsgebiet und falschen Anschauungen unserer Verteidigungsbereitschaft und patriotischen Erziehung.
8. Breite Aufklärungsarbeit über die Verschärfung des Klassenkampfes, besonders die Agententätigkeit, Auswertung konkreter Beispiele und Agentenprozesse.

#### **Verpflichtung**

Die am 2. Dezember 1955 auf der zentralen Kaderleitertagung anwesenden Kaderfunktionäre des Ministeriums, der IZL, DHZ, Großbetriebe, Institute und Fachschulen verpflichten sich aus Anlaß ihrer großen Verehrung unseres geliebten Arbeiterpräsidenten, Wilhelm Pieck, zu seinem 80. Geburtstag sowie zur Vorbereitung der III. Parteikonferenz die vorliegende Arbeitsanleitung zur unbedingten Richtschnur ihrer Kaderarbeit im zweiten Fünfjahrplan zu machen.

Die Kaderleiter verpflichten sich ihren Leitern gegenüber, ihre Kaderabteilungen zu zuverlässigen Organen der wissenschaftlichen und geduldrigen Anleitung und Kontrolle in Kaderfragen zu entwickeln.

Die anwesenden Kaderfunktionäre verpflichten sich diese Richtlinie bis Ende Februar mit allen Kaderfunktionären der ihnen nachgeordneten Dienststellen und Betriebe zu behandeln und eine breite Bewegung von konkreten Selbstverpflichtungen im Sinne der Verbesserung der Kaderarbeit zu entfachen.

Die Verpflichtungen sind dem jeweils übergeordneten Organ zur Kontrolle zu übergeben.

Die Kaderfunktionäre überzeugen ihre Leiter, diese Richtlinie mit den Leitern der ihnen unterstellten Dienststellen und Betriebe auf der nächsten Arbeitstagung zu behandeln und sie ebenfalls zu der oben genannten Verpflichtungsbewegung zur Verbesserung der Kaderarbeit zu bewegen.

Die ZA Kader verpflichtet sich, im Juni und Dezember 1956 je eine zentrale Kaderleitertagung durchzuführen, auf der die hier anwesenden Kaderfunktionäre Rechenschaft ablegen sollen über die Erfolge ihrer Arbeit und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen.

Die anwesenden Kaderfunktionäre sind sich bewußt, daß die Verbesserung der Kaderarbeit ein entscheidender Hebel zur Lösung der vom 25. Plenum aufgegebenen Aufgaben und damit zur Erfüllung des zweiten Fünfjahrplanes ist.

Sie geben deshalb diese Verpflichtung vor der Partei der Arbeiterklasse und ihrer Arbeiter- und Bauernregierung ab mit der Überzeugung, damit der Schaffung der Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus eine wertvolle Hilfe zu leisten und die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedliebender Basis beschleunigen zu helfen.

Diese Arbeitsrichtlinie und Verpflichtung wird hiermit für alle Staats- und Wirtschaftsfunktionäre im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie als verbindlich erklärt.

Dr. Feldmann  
Minister für Leichtindustrie